

Njet!

Das kommunistische Jugendmagazin

Schwach.
Mutlos.
Ohne Rückgrat.



Hinein in die Gewerkschaft!

Wozu?

Ausgabe Nr. 7
Oktober 2014

NEIN SAGEN. NJET! LESEN.

Inland:

- 05 Laut und bunt gegen den Rückschritt
- 06 Die Lobby gewinnt
- 08 Weder «Eco» noch «Pop»

International:

- 09 Wessen Sieg, wessen Niederlage?
- 12 Intervention folgt Intervention

Schwerpunkt:

- 13 Die Schweiz und ihre Gewerkschaften
- 15 Gewerkschaft in Zahlen
- 16 Ein Kampf, zwei Mittel, diesselbe Wirkung?
- 18 «Es braucht die Gewerkschaften, aber andere»
- 22 Mehr Schutz für Lehrlinge!

Theorie & Geschichte:

- 23 Welche Gewerkschaft brauchen wir?
- 26 Produktivität im Sozialismus

Kultur & Trash:

- 29 Hacken für die Gerechtigkeit
- 30 70 Jahre auf dem Buckel

Impressum:

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin»
Ausgabe Nr. 7, Oktober 2014
Herausgeberin: Kommunistische Jugend Zürich
c/o PdA Zürich, Postfach 8721, 8036 Zürich
E-Mail: Zuerich@KommunistischeJugend.ch
Abopreis: 20 Franken normal / 40 Franken soli
PC: 60-729369-5

Stellenabbau, Sozialabbau, Lohndumping, Lohnkürzung, Kurzarbeit, Überstunden – die Aufzählung könnte beliebig so weitergehen. Aber letztlich sind das alles lediglich verschiedene Ausdrücke für dieselbe Tatsache: Wir machen die Arbeit, sie machen den Profit.

Wir Arbeiter*innen müssen uns vereinigen, damit sich das ändert. Wir müssen uns organisieren, zusammenstehen und den Kampf gemeinsam ausfechten. Die Kapitalist*innen brauchen *uns* – aber wir brauchen *sie* nicht. Darüber müssen wir Klarheit schaffen. Denn wir wollen Veränderung. Wir wollen das, was uns zusteht.

Dafür brauchen wir die Gewerkschaft. Aber nicht irgendeine Gewerkschaft. Sondern eine, die mehr Zeit bei uns in den Betrieben verbringt als am Verhandlungstisch in der Teppichetage. Eine, die im Arbeitskampf erprobt ist und uns ihre Erfahrungen weitergibt. Eine, die uns in unserer Auseinandersetzung mit den Leuten an der Unternehmungsspitze unterstützt. Eine, die mit uns aber auch über die Grenzen des Betriebs hinausgeht.

«Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands», sagte einst Karl Marx. Und deshalb sind sie für uns alle von höchster Wichtigkeit. Aber: haben wir die Gewerkschaft, die wir auch tatsächlich brauchen? Wir haben diese Frage zum Anlass genommen, um uns für das vorliegende Njet! vertieft mit den Gewerkschaften auseinanderzusetzen.

Auf mehreren Seiten erfährst du, was eine Gewerkschaft überhaupt ist, worin ihre Aufgabe besteht und was der Unterschied ist zwischen «reformistisch» und «fortschrittlich». Ausserdem erhältst du einen Überblick, welche Gewerkschaften es in der Schweiz gibt, mit welchen Mitteln sie arbeiten und welche Erfahrungen zwei unserer Autor*innen mit der Gewerkschaft gemacht haben.

Aber die Dinge so hinnehmen, wie sie sind? Njet! Und deshalb geh auch du in deine Gewerkschaft, arbeite darin und hilf mit, sie zu dem zu machen, was wir brauchen. Eine fortschrittliche, kämpferische Arbeiter*innenorganisation!

Gender*Sternchen

Im Njet! verwenden wir das sogenannte Gender*Sternchen, beispielsweise im Wort «Kommunist*in». Diese Schreibweise ist aus der Queer-Theorie entstanden. Mit dem Gender*Sternchen wird in den Wörtern Platz gemacht für die ganze Bandbreite an Gender und sexuellen Identitäten der Menschen. Kurz gesagt: Es soll nicht immer nur von heterosexuellen Männern die Rede sein und das wollen wir auch sprachlich ausdrücken. Beim Gender*Sternchen handelt es sich allerdings um eine blosses Formalität. Der Kampf gegen Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Transphobie kann nur im echten Leben durch organisiertes Handeln geführt und auch gewonnen werden.



KJ in Aktion!

KJ Bern

Die Kommunistische Jugend Bern steckt voll in den Vorbereitungen für das Bildungswochenende «Roter Oktober». Dieses Jahr findet es vom 21. bis 23. November 2014 statt und ist wie immer offen für alle Interessierten aus der ganzen Schweiz. Das übergeordnete Thema ist «Kampfformen und Organisation» mit Referaten zu Erfahrungen der IKP im Nachkriegsitalien, der POCH und der KP Tessin. Daneben wird genügend Zeit zum Feiern und gemütlichen Zusammensein zur Verfügung stehen. Das ganze Wochenende kostet pro Person 60 CHF für zwei Übernachtungen und Verpflegung.

Weitere Infos: www.KommunistischeJugend.ch
Anmeldung: Bern@KommunistischeJugend.ch

KJ Zürich

Am diesjährigen Basar der Partei der Arbeit (PdA), der ganz im Zeichen des 70. Jubiläums der Partei steht, wird die Kommunistische Jugend Zürich über die Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in der Schweiz referieren. Das Programm des Basars sieht folgendermassen aus:

Am Samstag, 22. November werden ab 18:00 Uhr zwei Filme über wichtige Persönlichkeiten der PdA gezeigt: Ein Film erzählt von der heldenhaften Berta Urech, die im Zweiten Weltkrieg Flüchtlingen eine Unterkunft organisiert hat. Der zweite zeigt das Leben von Theo Pinkus, Kommunist und ein Unikum der Bewegung. Zwischendurch gibt es einen Spaghettiplausch. Am Sonntag, 23. November wird die KJ um 14:00 Uhr die Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung bis zur Auflösung des Kommunistischen Jugendverbands nachverfolgen. Danach wird André Rauber ein Referat zur Geschichte der PdA halten.

Wie immer können während dem ganzen Basar politische Bücher, Kunstwerke und gutes Essen erworben werden.

PdA-Basar am 22. und 23. November im
GZ Riesbach, Seefeldstrasse 93, 8008 Zürich.



Liebe Emma

Ich mache gerade das 10. Schuljahr. Ich möchte aber doch noch aufs Gymi wechseln, um später Elektroingenieurin zu studieren. Ich habe schon einmal die Gymiprüfung versucht, bin aber durchgefallen. Meine Noten sind eigentlich recht gut. Hast du irgendwelche Tipps, wie ich's schaffen könnte?

Liebe Grüsse von Dragana aus Winterthur!

Liebe Dragana

Bist du dir sicher, dass du über das Gymi zu deinem Ziel kommen willst? Es gäbe nämlich auch die Möglichkeit, mit einer Lehre im technischen Bereich und einer Berufsmaturität Elektroingenieurin zu werden. Ich würde dir aus persönlicher Erfahrung diesen Weg empfehlen. Mit einer Lehre im Bildungsrucksack bist du finanziell unabhängiger und hast bereits Berufserfahrung. Das Gymi ist allerdings dann sinnvoller, wenn du dich später für ein anderes Studium interessieren würdest, wenn du zum Beispiel Ärztin oder Ethnologin werden willst. (Du kannst aber auch ohne Matura, mit der sogenannten «Passerelle» an alle Unis und Hochschulen.)

Wenn du ins Gymi willst, sollte dir eine Sache bewusst sein: Im Kapitalismus ist es in einem Punkt so, wie die Bürgerlichen sagen, man muss Zeit und Geld in die Bildung investieren, um etwas zu erreichen. Leider vergessen sie dabei immer, dass nicht jedem unbegrenzt Zeit und vor allem Geld zur Verfügung steht. Die Reichen können ihre Kinder mit Nachhilfekursen und Privatlehrer*innen durchs Gymi und Studium puschen, so dass jeder Schnösel später mal Manager werden kann. Zur Not kann der Zögling auch auf eine Privatschule geschickt werden, wo jeder irgendwann mal ein Diplom bekommt.

Was machen wir aber, wenn uns nur begrenzt finanzielle Mittel zur Verfügung stehen? Wir müssen fleissig und kreativ sein. Ich rate dir, andere Mitschüler*innen zu suchen, die auch ins Gymi wollen, und mit ihnen dann eine Lerngruppe zu gründen. Im Gymi und Studium genauso: Such Leute, mit denen du wirklich lernen kannst (und nicht nur hängen). Es gibt auch viele Student*innen, die dir relativ günstig Nachhilfe geben. Ein Tipp, der für alle Prüfungen nützlich ist: Fang möglichst früh mit dem Lernen an und wiederhol den Stoff möglichst oft.

Ich wünsch dir jedenfalls noch viel Erfolg auf deinem weiteren Weg!

Deine Emma

PS: Falls auch du eine Frage hast bezüglich deiner Lehre oder Schule, dann schick sie mir über:

Emma@KommunistischeJugend.ch

Laut und bunt gegen den Rückschritt

Unter massivem Polizeieinsatz konnten rechtsextreme Christ*innen in Zürich gegen die Selbstbestimmung der Frauen aufmarschieren. Ihr «Marsch fürs Läbe» blieb nicht ohne Widerstand: Etwa 300 Menschen protestierten gegen diesen reaktionären Sexismus.

Kondome gefüllt mit Farbe, Wasserballone und natürlich viel Lärm und Geschrei machten den Abtreibungsgegner*innen ihren Marsch gegen Frauenrechte nicht mehr ganz so «würdevoll».



Die Gegendemonstrant*innen wollten die Strasse blockieren, um den Marsch der rechtsextremen Fundis zu stören. Erst als die Polizei mit mehreren Wasserwerfern kam und brutal auf unbewaffnete Demonstrant*innen losging, konnte der Weg wieder freigemacht werden.



Geschützt durch ein richtiges Heer an Polizist*innen wurde der Marsch durchgeführt. Die kritischen Gegendemonstrant*innen wurden auf Abstand gehalten, gleichzeitig aber auch die Bevölkerung, wodurch der Marsch jegliche Wirkung verlor. Wir können sagen, die Gegendemo war ein Erfolg!

Fotos & Text: Kommunistische Jugend Zürich



Das Universitätsspital Zürich. Foto: Hamid, 2014.

Die Lobby gewinnt

Die Abstimmung über die öffentliche Krankenkasse ging verloren. Für die Krankenkassen stand viel auf dem Spiel. Für die Versicherten wurde eine grosse Chance verpasst, das Explodieren der Prämien zu stoppen und diese endlich zu senken. Die Lobbyist*innen haben den Krankenkassen ihre Profite gerettet.

Die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse, häufig Einheitskasse genannt, wurde von einem Komitee lanciert, in dem neben der Partei der Arbeit auch noch andere linke Parteien und Patientenschutzorganisationen vertreten sind. Mit dabei war auch die Gewerkschaft VPOD. Ziel der Initiative war es, die Grundversicherung durch eine einzige staatliche Krankenkasse sicherzustellen.

Sparpotenzial

Die Initiant*innen wollten vor allem Kosteneinsparungen, um dadurch die Prämien zu senken. Riesige Summen (200 bis 400 Millionen Franken) werden heute für Werbung rausgeworfen, die nur dazu da ist, um Versicherte von den konkurrierenden Krankenkassen wegzulocken. Ein riesiger Schwachsinn! Die Kranken haben nichts davon, und wir Versicherten zahlen die Werbekosten mit unseren Prämien. Einzig der Krankenkasse mit der besten Werbeabteilung nützt es. Dazu kommen dann noch jährlich etwa 100 Millionen Franken Wechselkosten. Auch Verwaltungskosten und Papierkram für die Ärzt*innen hätten durch die Initiative reduziert werden können. Denn: Es gibt über 300'000 verschiedene Modelle für die Krankenkasse, wodurch einiges an Schreibaufwand anfällt.

Ebenso bestünde durch die Planung und Koordination der Therapien ein gewaltiges Potenzial, effizienter zu arbeiten. Eine Untersuchung der Ökonomin Anna Sax hat ergeben, dass «fünf bis zehn Prozent der Gesamtkosten eingespart werden, wenn die Be-

treuung dieser am schwersten kranken Personen koordiniert und begleitet stattfindet – bei gleich bleibender oder besserer Versorgungsqualität»¹. Fünf Prozent der Versicherten, diejenigen mit schweren Leiden, machen über die Hälfte der Gesundheitsausgaben (26 Milliarden Franken) aus. Wenn hier fünf bis zehn Prozent eingespart würden, wären das 1.3 bis 2.6 Milliarden Franken pro Jahr.

Wohin fliesst das Geld?

Die Krankenkassen schrauben die Prämien ständig weiter nach oben. Auch für das nächste Jahr sollen wir wieder 4.5 Prozent mehr Prämien bezahlen. Diese Zahl passt. Denn seit 1996 bezahlen wir jedes Jahr 4.5 Prozent mehr Prämien.² Doch gesehen haben wir von dem Geld kaum etwas. Abgesehen von vielleicht der Hälfte, die für eine immer älter werdende Gesellschaft ausgegeben werden muss, wird die andere Hälfte für uns Versicherte sinnlos vergeudet. Ein grosser Teil fliesst nämlich als Gewinn zu den Krankenkassen zurück, oder besser gesagt, zu den Grossaktionär*innen, denen die Krankenkassen gehören. Unsere Prämie füllt ihr Portemonnaie.

Bestochene Politik

Noch vor einem Jahr waren 66 Prozent der Befragten für eine öffentliche Krankenkasse. An der Abstimmung kam dann die Enttäuschung, jetzt nur 39 Prozent. Wieso ist die Zustimmung so stark gefallen?

Schon vor einem Jahr kündigte Christoffel Brändli,

¹ www.woz.ch/1434/krankenversicherung/wenn-die-kassen-55-jaehrige-frauen-jagen

² www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Krankenkassenpraemien-steigen-staerker-als-in-den-Vorjahren/story/31106339

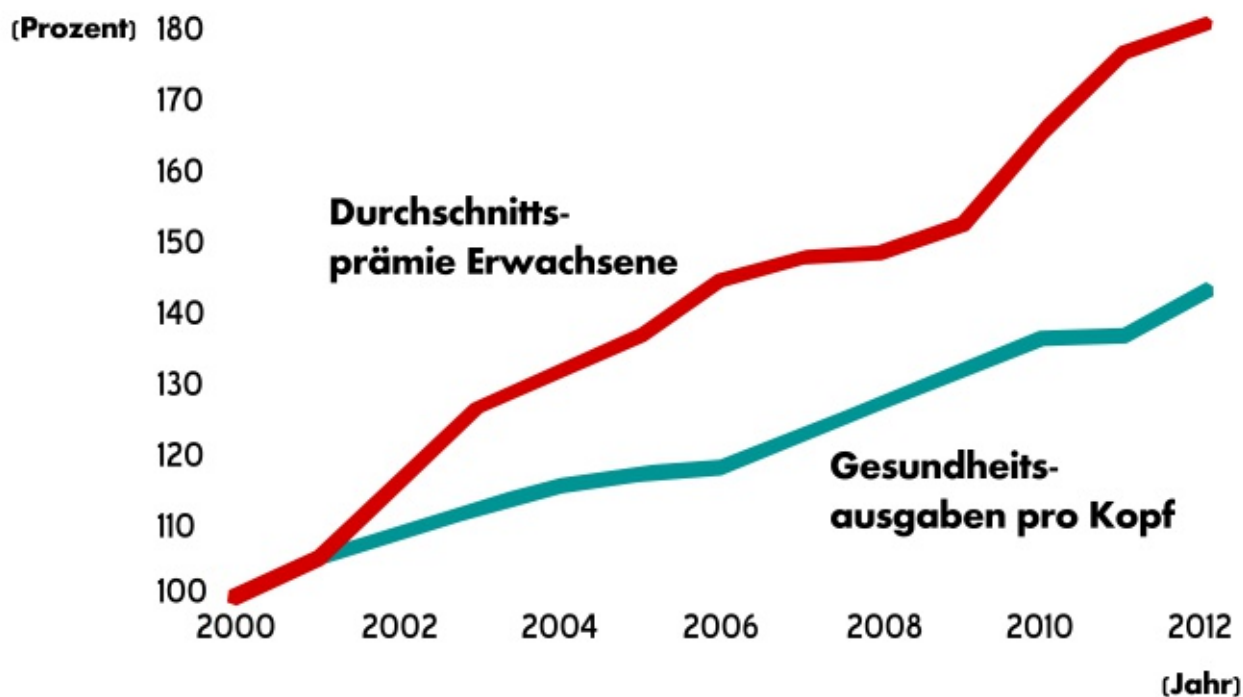
Chef der Santésuisse (Verband der Krankenkassen), an: Die Krankenkassen würden wohl vier bis fünf Millionen Franken für den Abstimmungskampf aufwerfen. Diese haben sie nun in der Abstimmung gegen die öffentliche Krankenkasse ausgegeben für all ihre Flyer, Plakate und Inserate.

Dieses Geld sollte sicherstellen, dass den Krankenkassen auch weiterhin dieser Markt offensteht, um dort ihren Profit zu machen. Im letzten Jahr machte beispielsweise Helsana, die grösste Schweizer Krankenkasse, einen Gewinn von 153 Millionen Franken. Die Unmengen an finanziellen Mitteln sind allerdings nicht die einzigen Waffen der Aktionär*innen. Die Besitzer*innen der Krankenkassen haben auch eine eigene, ständige Lobby aus Politiker*innen und sogenannten Wirtschaftsvertreter*innen. Deren einzige Aufgabe besteht darin, die Interessen der Krankenkassen im Parlament und in der Regierung durchzusetzen. Dafür bekommen die Politiker*innen Sitze in den Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen und damit auch unverschämte Entlöhungen. Durch diese Sitze erhalten sie grosszügige Saläre, während die Krankenkassen sich sicher sein können, dass diese faktisch bestochenen Politiker*innen nun ihre Lobbyarbeit durchführen. Mit allen Mitteln kämpften und kämpfen sie gegen Gesetzesvorlagen oder Initiativen, welche die Profite der Krankenkassen schmälern könnten.

Harald, Zürich

Die Krankenkassenlobby im Parlament

Roland Borer (SVP), Beirat Groupe Mutuel
 Martin Candinas (CVP), Verkaufskordinator Helsana
 Ignazio Cassis (FDP), Präsident Krankenkassenverband
 Roland Eberle (SVP), Verwaltungsrat Groupe Mutuel
 Sebastian Frehner (SVP), Beirat Groupe Mutuel
 Ulrich Giezendanner (SVP), Verwaltungsrat KPT
 Konrad Graber (CVP), Verwaltungsrat CSS
 Felix Gutzwiller (FDP), Verwaltungsrat Sanitas
 Lorenz Hess (BDP), Verwaltungsrat Visana
 Ruth Humbel (CVP), Verwaltungsrätin Concordia
 Alex Kuprecht (SVP), Kopräsident Forum Gesundheit
 Lucrezia Meier-Schatz (CVP), Verwaltungsrätin CSS
 Bruno Pezzatti (FDP), Beirat Groupe Mutuel
 Urs Schwaller (CVP), Verwaltungsrat Groupe Mutuel
 Jürg Stahl (SVP), Geschäftsleitung Groupe Mutuel
 Hansjörg Walter (SVP), Stiftungsrat Agrisano



Die Prämien steigen stärker als die Gesundheitskosten! Die Frage ist berechtigt: Wo fließt das Geld aus der Differenz hin?

Quelle: BAG.



Die Mine Antapaccay des schweizerischen GlencoreXstrata-Konzerns in Peru. Mit umweltverschmutzendem Rohstoffabbau verdient er Milliarden. Solche multinationale Grossunternehmen sind die wirklichen Umweltzerstörer. Foto: Golda Fuentes, 12.02.2014.

Weder «Eco» noch «Pop»

Am 30. November werden die Schweizer Stimmberechtigten dazu aufgerufen sein, über die Initiative zu entscheiden, die von der Vereinigung Ecopop lanciert worden ist. Die Idee dahinter scheint auf den ersten Blick ansprechend, es muss aber klargemacht werden, dass sie nur dem Namen nach für die Umwelt (*Ecologie*) und die Bevölkerung (*Population*) einsteht.

Das Bevölkerungswachstum zu begrenzen, um die natürlichen Ressourcen zu erhalten: So lautet das Ziel der Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», die von der Vereinigung Ecopop lanciert worden ist. Das Mittel, um dieses Ziel zu erreichen: die fast vollständige Schliessung der Schweizer Grenzen. Es ist eine weitere nationalistische, fremdenfeindliche Initiative, diesmal gehüllt in ein ökologisches Mäntelchen, um zeitgemäss zu wirken.

Ist das Anliegen von Ecopop tatsächlich der Umweltschutz, wie behauptet wird? Wir können mit Nachdruck Nein sagen, weil die Initiant*innen keinerlei Massnahmen vorschlagen, die in diese Richtung laufen. Will Ecopop die wirklichen Umweltverschmutzer zur Verantwortung ziehen? Nein, weil nirgends die wesentliche Verantwortung erwähnt wird, welche die multinationalen Grossunternehmen tragen durch die von ihnen betriebene Zerstörung der Umwelt, durch ihre Verschwendung und Plünderung der natürlichen Ressourcen. Sie begnügen sich derweil damit, die ganze Schuld den Migrant*innen zuzuweisen.

Ebenso gibt die Ecopop-Initiative den Anschein, dass sie durch die Verminderung des Bevölkerungswachstums in den Ländern des Südens einen Beitrag leisten könnte im Kampf gegen die Armut. Sie

meint dies zu erreichen mit der Forderung, dass zehn Prozent der Entwicklungshilfe der Schweiz an diese Länder für die Familienplanung aufgewendet werden muss. Und wieder fehlt jegliche Berücksichtigung der Rolle des Imperialismus und der entwickelten kapitalistischen Länder in der Erzeugung des Elends der Dritten Welt. Stattdessen schlagen sie lieber eine neokolonialistische Lösung vor: Die Afrikaner*innen sind unfähig eine eigene Verhütungspolitik zu führen, sie brauchen die «Hilfe» der Schweiz. Eine solche Lösung wird nichts ändern können, damit wird höchstens die Aufmerksamkeit von den realen Problemen abgelenkt.

Man darf sich keine Illusionen machen. Die Ecopop-Initiative wird weder einen positiven Effekt auf die Umwelt haben noch auf das Leben der Menschen in der Dritten Welt. Die einzige absehbare Folge, welche eine Annahme der Initiative hätte, ist, dass die Rechte der werktätigen Migrant*innen weiter eingeschränkt würden, dass die Arbeitsverhältnisse noch prekärer und die Löhne noch tiefer werden würden. Daran gibt es nichts prinzipiell Neues. Wenn es nämlich darum geht, die Arbeiter*innen zu spalten und ihre Lage zu verschlechtern, ist das Schüren von Fremdenhass immer noch das beste Rezept.

Amanda, Neuchâtel



Ein Palästinenser mit einem verletzten Kind während der israelischen Aggression. Foto: Basel Al-Yazouri, Gaza, 08.07.2014.

Wessen Sieg, wessen Niederlage?

Der jüngste Krieg in Gaza forderte erneut Tausende Opfer auf der palästinensischen Seite, wieder Verwüstung und Elend, und dennoch ist es für die Israelis nicht genug. Der Waffenstillstand wird keinen dauerhaften Frieden bringen.

Durch die jahrelangen, immer wieder aufflackernden Konflikte besteht eine tiefe Spaltung zwischen Israelis und Palästinenser*innen. Dazu kommt, dass die politische und vor allem wirtschaftliche Lage im Gazastreifen äusserst prekär ist. Es mangelt an Nahrung, Medikamenten und Arbeitsplätzen.

Da der Gazastreifen im Gegensatz zur sogenannten «Westbank» quasi wie ein grosses Gefängnis abgeriegelt ist, sehen sich viele Palästinenser*innen zu Recht von der Weltgemeinschaft im Stich gelassen. Dies ist natürlich ein Nährboden für die Hamas, eine grosse, islamistische Partei, um neue Kämpfer*innen zu rekrutieren. Die Gewaltspirale scheint kein Ende zu nehmen.

Die «Operation Protective Edge» begann am 8. Juli 2014 als Reaktion auf anhaltenden Raketenbeschuss auf Israel durch die Hamas. Israel wird seit Jahren immer wieder von Raketen aus dem Gazastreifen beschossen; die meisten Raketen werden allerdings durch den «Iron Dome», ein modernes

Raketenabwehrsystem der israelischen Armee, abgeschossen.

Der Ausgang des Konflikts

Die ganze Zeit vor dem Waffenstillstand vom 28. August hatte die israelische Luftwaffe noch massive Angriffe auf den Küstenstreifen geflogen. Umgekehrt waren aus dem Gazastreifen mehr als siebenzig Raketen auf Israel abgeschossen worden. Als am Montagabend, am 27. August, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas einen dauerhaften Waffenstillstand ab 19 Uhr Ortszeit verkündete, schwieg Israel zunächst. Am Mittwochmorgen schliesslich bestätigte eine Armeesprecherin, dass der Waffenstillstand halte: «Seit Beginn des Waffenstillstandes haben die israelischen Streitkräfte keinen Angriff in Gaza gestartet, und es gibt keinen Raketenbeschuss auf Israel aus Gaza», sagte sie. Westliche Regierungen und Medien beteiligten sich derweil mit grossem Enga-

gement an der Fiktion, dass es sich um eine militärische Konfrontation zwischen Israel und der Hamas handle. Tatsächlich sind Opfer aber fast ausschliesslich auf der palästinensischen Seite unter Zivilist*innen zu finden. Dutzenden oder Hunderten von völlig zerstörten Wohnhäusern im Gaza-Gebiet stehen geringe Sachschäden an einer Strasse oder einem landwirtschaftlichen Gebäude in Israel durch palästinensische Raketen gegenüber. Dieser Krieg ist so extrem einseitig, dass die israelischen Medien statt kaum vorhandener realer Schäden lieber die Namen der Orte veröffentlichen, wo Luftschuttsirenen zu hören waren.

Die Rechnung ging auf: Es gibt praktisch keine bedeutende westliche Politiker*in, die seit dem Beginn der Luftangriffe vor vier Tagen nicht mehrfach das Recht Israels auf «Selbstverteidigung» betont hat. Die Frage der Verhältnismässigkeit wurde dabei nie gestellt.

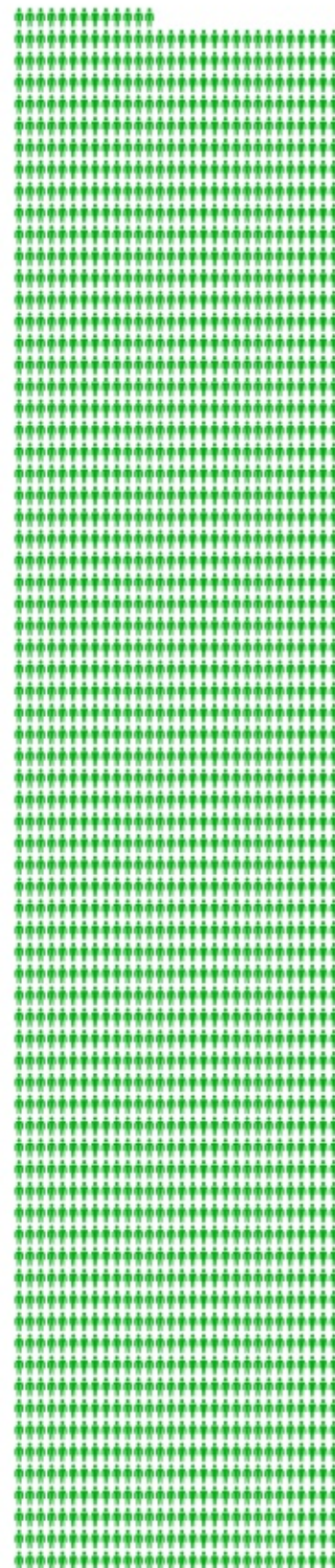
Rückkehr zum Status quo

Der stellvertretende Hamas-Vorsitzende Mussa Abu Marsuk sagte der palästinensischen Nachrichtenagentur Maan News, Israel habe zugestimmt, alle Grenzübergänge nach Gaza zu öffnen, damit humanitäre und Wiederaufbauhilfe den Küstenstreifen erreicht. Auch der Grenzübergang nach Ägypten solle dauerhaft wieder geöffnet werden. Einzelheiten über den Wiederaufbau würden bei einer Geberkonferenz in Ägypten im September besprochen, so Marsuk. Die Palästinenser*innen würden dort durch die Regierung der nationalen Einheit vertreten sein. Weiterhin habe Israel zugesagt, dass die Fischer*innen von Gaza nun bis zu sechs Seemeilen auf das Meer fahren dürften, diese Zone solle bis Ende 2014 auf zwölf Seemeilen ausgeweitet werden. Auf die von Israel angeordnete Pufferzone im gemeinsamen Grenzgebiet werde verzichtet. Weiterhin würden alle Beschränkungen für Geldtransfers gestoppt. Damit könnten die Gehälter aller Angestellten in Gaza bezahlt werden. Israel habe zugesagt, gezielte Tötungen von Widerstandskämpfer*innen einzustellen. Weitere Punkte, so auch die Freilassung von Gefangenen und die Übergabe sterblicher Überreste von israelischen Soldat*innen, sollten in vier Wochen in einer nächsten Verhandlungsrunde besprochen werden. Ägypten sei Garant des Waffenstillstands, auch wegen des für die Palästinenser*innen sehr wichtigen Grenzübergangs in Rafah, den Ägypten wieder öffnen will. Beide Seiten sehen sich als Sieger, trotz der vielen Toten und der Zerstörung. Im Gazastreifen feiert sich die Hamas

als Siegerin; in Israel ist man überzeugt, einen erfolgreichen Schlag gegen den Feind geführt zu haben. Und doch herrscht in Israel auch ein Gefühl der Niederlage. Denn: In Israel schlug mit dem Beginn der Waffenruhe am Montag um 18 Uhr die Stunde der politischen Abrechnung. Quer durch das politische Spektrum wirft man Regierungschef Benjamin Netanjahu vor, am Ende nicht mehr erreicht zu haben «als eine Rückkehr zum Status quo». Israels Militär müsse die Hamas vollständig zerstören, fordert Naftali Bennett von der rechten Partei «Jüdisches Heim». Das zeigt, dass dieser Waffenstillstand, leider, noch lange kein Garant für einen dauerhaften Frieden ist. Es ist auch eine Tatsache, dass die meisten Forderungen der Palästinenser*innen auf später verschoben worden sind. In einem Monat sollen beide Seiten darüber verhandeln, ob palästinensische Gefangene – sowohl jene, die ab Juni festgesetzt



Israel



Palästina

Ein ungleicher Krieg: Todeopfer der jeweiligen Seite im jüngsten Gaza-Krieg.
Quelle der Zahlen: Wikipedia.

wurden, als auch jene, die ursprünglich im April freigelassen werden sollten – aus israelischen Gefängnissen entlassen werden. Dann soll auch über die Übergabe von Leichenteilen und dem Besitz getöteter israelischer Soldat*innen gesprochen werden. Auf der Agenda steht zudem, und das ist neu, die Freigabe von bislang eingefrorenen Konten der Hamas in Ägypten. Denn trotz der öffentlichen Unterstützung in diesen Tagen: Die Hamas hat auch im Inneren zu kämpfen. Die gut 40'000 Beschäftigten in der Polizei und im öffentlichen Dienst wurden bereits seit Monaten nicht mehr bezahlt.

Der Konflikt wird nun wohl auch die Vereinten Nationen in New York beschäftigen. Dort wird im Verlauf des kommenden Monats um den Inhalt einer UNO-Resolution gerungen werden, von der Jordaniens Regierung (die den Entwurf ursprünglich eingebracht hatte) und mehrere europäische Regierungen hoffen, dass sie den Konflikt dauerhaft beenden wird. Die USA haben nach Angaben einer Sprecherin des dortigen Aussenministeriums zugesagt, dafür sorgen zu wollen, dass die Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigt werden. Aber verhindern will man eine Resolution nicht.

Israelische Illusionen

Es ist erschreckend, dass viele Menschen in Israel voll und ganz hinter der Armee stehen. Bei einer neueren Erhebung wurde gefragt, ob die Militäroperation erweitert und ob noch weiter in Gaza eingedrungen werden soll. Und es stellte sich heraus, dass rund 85 Prozent der Befragten eine Fortset-

zung der Angriffe befürworteten. Die Brutalität, die damit einhergeht, wird einfach wegrationalisiert, die Argumente dabei sind bekannt: Die Palästinenser*innen seien selber schuld, da sie es zulassen, dass die Hamas ihre Waffen in zivilen Verstecken unter ihnen lagert und auch von dort aus operiert. Es sei also unvermeidlich, dass es zu solchen Schäden komme. Es ist in Israel momentan leider überhaupt nicht in irgendeiner Weise festzustellen, dass die Leute von den schrecklichen Bildern – die sie übrigens im Unterschied zur deutschen Bevölkerung zum grössten Teil im Fernsehen nicht zu sehen bekommen – zum Nachdenken gebracht werden. Sie könnten sich natürlich auch anders informieren, aber im Grunde wollen sie das nicht und hegen weiterhin die Illusion, dass Israel die moralischste Armee der Welt hat.

In jüngster Zeit hört man vermehrt über Angriffe von Rechtsextremen auf Friedensaktivist*innen und Linke, die sich gegen diese Aggression im Gazastreifen aussprechen. Selbst wenn sie israelische Staatsbürger*innen sind, werden solche Aktivist*innen häufig als Feinde der Jüd*innen betrachtet. Auch im israelischen Parlament – dort hat die palästinensische Abgeordnete Hanin Soabi für ein halbes Jahr Redeverbot im Parlament bekommen wegen ihrer kritischen Äusserungen. Man kann sagen, dass in Israel gegenüber den Araber*innen eine sehr spezifische Form des Rassismus vorliegt, die nicht neu ist, sondern schon seit längerer Zeit zum Alltag gehört.

Ben, Zürich



Mit einem gigantischen Grenzzaun wird der Gazastreifen in das grösste Freiluftgefängnis der Welt verwandelt. Auf 360 km² sind fast 2 Millionen Menschen eingepfercht, die Bevölkerungsdichte ist 5'045 Einwohner pro km². Die Schweiz mit angeblichem Dichtestress hat gerademal 196 Einwohner pro km². Foto: David Katz. Sinai/Gaza, 17.07.2013.

Intervention folgt Intervention

Wieder eine US-Militärintervention. Dabei sind die USA und ihre Verbündeten direkt verantwortlich für die Eskalation im Irak. Durch die Intervention in Libyen und die Unterstützung der Rebell*innen in Syrien haben sie dafür gesorgt, dass die islamistischen Kräfte im Nahen Osten erheblich gestärkt wurden.

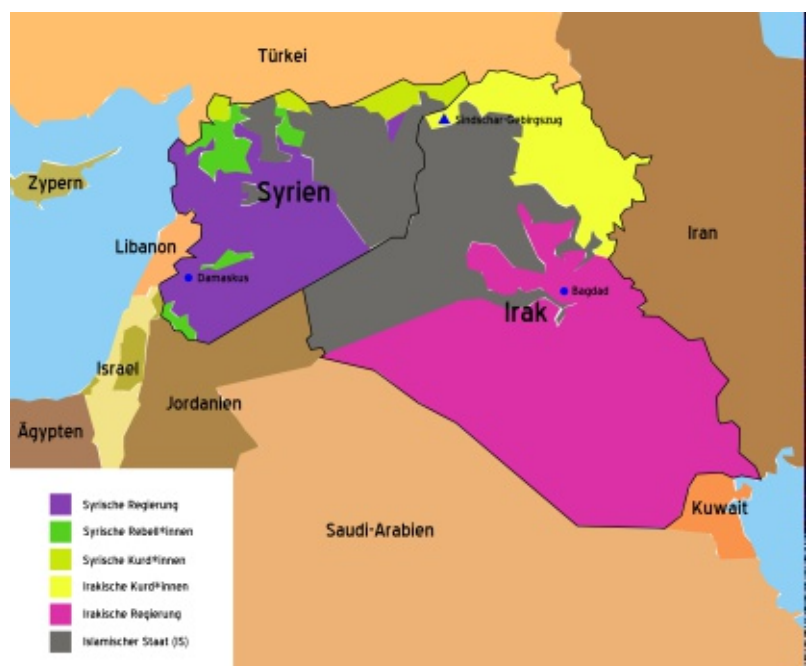
Schon gewusst? Im Ersten Weltkrieg hat das Deutsche Reich versucht, den «Fanatismus des Islams zu erregen»¹, um Aufstände gegen die Kolonialist*innen im Nahen Osten auszulösen. Erfolg hatten die Deutschen mit dieser Vorgehensweise nicht; dafür umso mehr mit ihrer Unterstützung der revolutionären Kräfte in Russland, womit sie sich im Endeffekt tief ins eigene Fleisch geschnitten haben. Ein paar Jahrzehnte später versorgten die imperialistischen Mächte, diesmal die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten, die islamistischen Mudschaheddin und Taliban in Afghanistan mit Waffen und Geldern im Kampf gegen die sowjetische Besetzung. 2001 wurde dann die USA mit einem aufsehenerregenden Terroranschlag mitten ins ökonomische Herz getroffen. Was hat das nun mit der gegenwärtigen Lage im Irak zu tun?

In Syrien wie im Irak

Am 7. August verkündete US-Präsident Barack Obama die militärische Intervention in den Irak. Als Vorwand nannte er den «Schutz unserer Bürger» und die «humanitäre Unterstützung» von einigen Tausend Jesid*innen, die in den Sindschar-Gebirgszug geflohen sind. Von den Peschmerga, den Kämpfer*innen der kurdischen Region des Iraks, waren sie nach deren Rückzug schutzlos den Milizen des selbsternannten Islamischen Staats (IS) überlassen worden. Die USA setzen derweil in ihrer Intervention gerade auf die Peschmerga. Einerseits wird ihr Kampf durch Luftschläge unterstützt, andererseits werden ihnen Geheimdienstinformationen übergeben. Aber auch in Syrien ist der IS aktiv. Bereits ein Drittel des durch den Bürgerkrieg verheerten Landes soll sich in der Hand der organisierten Islamist*innen befinden. Ein Grossteil der syrischen Rebell*innen ist zum erfolgreichen IS übergelaufen. Die syrische Regierung unter Assad hat angesichts dessen die Bereitschaft erklärt, im Kampf gegen den islamistischen Terror eine internationale Kooperation zu wagen, allerdings unter der Bedingung, dass die Charta der Vereinten Nationen eingehalten wird. Das bedeutet natürlich, dass die Souve-

ränität Syriens anerkannt werden muss. Den Imperialist*innen ist klar, dass, wenn sie den IS im Irak aufhalten wollen, ihn in Syrien ebenfalls bekämpfen müssen. Nur kommt eine Kooperation mit Syrien für sie nicht infrage. Immerhin haben sie jahrelang die syrischen Aufständischen unterstützt. Hier sieht man die Interessen der imperialistischen Länder, bei denen die Humanität blosser Vorwand ist, deutlich: Im Irak, wo ein Marionettenregime installiert wurde, unterstützen sie die Regierung; in Syrien, wo ihnen die Regierung nicht genehm ist, versuchen, sie sie zu stürzen. Der Westen und seine Verbündeten Qatar und Saudi-Arabien haben durch die Waffenlieferungen an die syrischen Aufständischen die Erstarkung des Islamischen Staats begünstigt. Die Türkei ist sogar nach wie vor das logistische Hinterland für den IS, wo das Geschäft mit dem Erdöl abgewickelt wird. Den imperialistischen Sponsor*innen ist offensichtlich die Kontrolle über ihre Günstlinge entglitten. Ähnliches geschah in Libyen: Die islamistischen Aufständischen wurden mit Waffen und Bomben der Imperialist*innen an die Macht gebracht. Der libysche Staat ist seither im Chaos versunken und die Waffen gelangen in die Hände von Islamist*innen in Mali und nun Syrien und Irak.

Taki, Zürich



Die Karte zeigt die Gebiete, die von den jeweiligen Akteuren des Konflikts kontrolliert werden. Stand: September 2014.

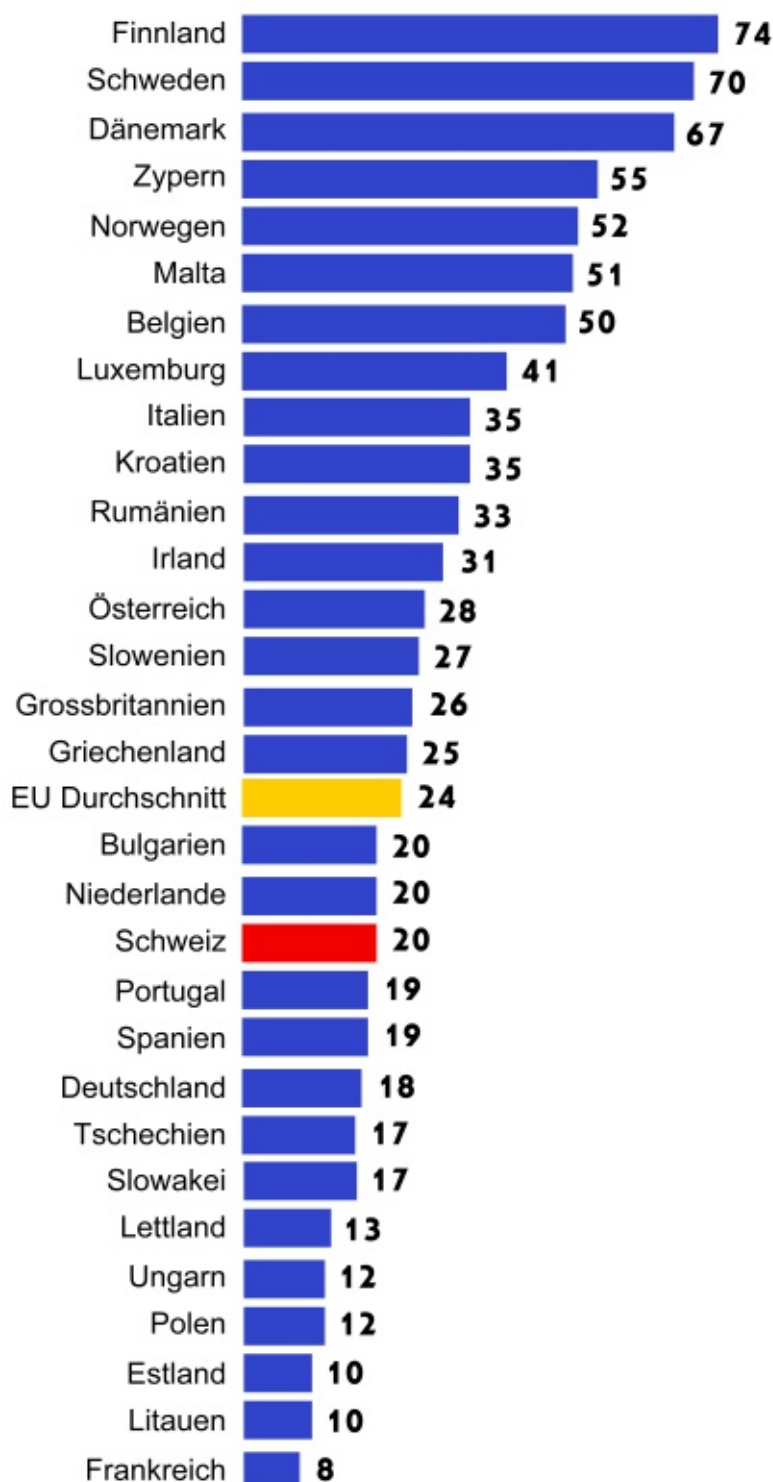
¹ So wurde es von Moltke, dem Chef des Generalstabs des Deutschen Reichs, formuliert. Zitiert nach Fritz Fischer: *Griff nach der Weltmacht*. Droste Verlag, 1967. S. 113.

Die Schweiz und ihre Gewerkschaften

Wer kennt ihn, den VPOD? Oder den SEV? Die meisten Schweizer Gewerkschaften, sogar die grösseren unter ihnen, sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Wie es in der Schweiz um die Arbeitervvertretung steht, wollen wir einmal zeigen.

Organisationsgrad in EU und Schweiz

Angaben in Prozent



Schau nach links und du weisst: Die Schweiz ist wirklich kein Paradies für Gewerkschaften. Nur jede*r fünfte Arbeitende ist noch in einem Arbeiterverband Mitglied. Während die Organisation der Beschäftigten über lange Jahre immer tiefer gefallen ist, ist auch das Bewusstsein darüber, welche Arbeiterorganisationen es überhaupt gibt, in vielen Fällen verschwunden. Die Unia, klar, die kennt man. Aber darüber hinaus?

Was wenige wissen, ist, wie wichtig die Gewerkschaften der Schweiz trotz allem noch sind. Sie handeln die Gesamtarbeitsverträge aus – die in der Regel bessere Arbeitsbedingungen für die Angestellten bedeuten. Während nur 20 Prozent der Schweizer Arbeitenden Mitglied einer Gewerkschaft sind, gelten die GAVs immerhin für jeden zweiten Beschäftigten. In der Schweiz ist es eine Minderheit, die Verbesserungen für die grosse Masse der Angestellten erkämpft. Welche Gewerkschaften überhaupt eine Rolle spielen, zeigt ein Blick auf der nächsten Seite.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)

Der SGB ist der Zusammenschluss von 16 Schweizer Gewerkschaften, darunter vier grosse (Unia, SEV, syndicom und VPOD) sowie zwölf kleinere, die teilweise nur einige hundert Mitglieder organisieren. Insgesamt kommt der Gewerkschaftsbund 2013 auf gut 366'000 Mitglieder. Nach Jahren des Mitgliederverlustes schaffte es der SGB im vergangenen Jahr erstmals, marginal an neuen Organisierten zu gewinnen – was dem Mitgliedererwerb der Unia zu verdanken ist. Der SGB übernimmt im wesentlichen Kampagnen- und Lobbyfunktionen, er handelt selbst keine Arbeitsverträge aus. Beispiel für die vermehrt politische Tätigkeit des SGB ist etwa die Mindestlohninitiative oder verschiedene Referenden gegen Rentenkürzungen. Jedoch verweist der SGB regelmässig auf die Sozialpartnerschaft, die er für Gewerkschaftsarbeit als unabdingbar betrachtet. Präsident des SGB ist Paul Rechsteiner (SP).

Die Unia

Mit über 199'000 Mitgliedern und etwa 1'000 Angestellten ist die Unia die größte Gewerkschaft der Schweiz. Die 2004 aus dem Zusammenschluss der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) und Industrie Gewerbe Dienstleistungen (SMUV) sowie zweier kleineren Gewerkschaften hervorgegangene Unia organisiert, mit dem Anspruch «die Gewerkschaft» zu sein, weiteste Teile der Arbeitenden. Stark ist sie in der Baubranche sowie in der Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie. Auch im Dienstleistungssektor, gerade im Verkauf, sowie in den Pflege- und Gesundheitsberufen versucht die Unia Fuss zu fassen. Von den Schweizer Gewerkschaften ist sie – allerdings im Rahmen der Sozialpartnerschaft – die kämpferischste, die auch Streiks nicht scheut, und die kampagnenfähigste. Co-Präsident*innen der Unia sind Vania Alleva (Parteilos) und Renzo Ambrosetti (SP).

Die syndicom

Die Medien- und Kommunikationsgewerkschaft syndicom ist mit etwa 37'000 Mitgliedern die drittgrösste SGB-Gewerkschaft. Postangestellte, Medienschaffende, Drucker*innen sowie jene, die im Bereich der Telekommunikation arbeiten – etwa bei Swisscom – werden von syndicom organisiert. 2010 ist sie aus einer Fusion der Mediengewerkschaft comedia und der Gewerkschaft Kommunikation (GeKo) hervorgegangen. syndicom steht völlig auf dem Boden der Sozialpartnerschaft: Verhandlungen finden meist hinter verschlossenen Türen statt, Streiks werden nur äusserst selten geführt. Gerade der in Lohnfragen bessergestellte Telekommunikationsbereich von syndicom ist kaum für ein kämpferisches Vorgehen zu haben. Entsprechend hat syndicom in den letzten Jahren Tausende Mitglieder verloren. Alain Carrupt (SP) ist Präsident von syndicom.

Der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV)

Der SEV organisiert gut 43'000 Arbeitende hauptsächlich der SBB, aber auch der städtischen Verkehrsbetriebe, Busunternehmen, Privatbahnen und Schiffahrtsgesellschaften. Als Gewerkschaft der Eisenbahner*innen ist der SEV ein Traditionsverband: Seit 1919 besteht er durch Zusammenschluss verschiedener Berufsverbände. Die traditionell gut organisierten Bahnarbeitenden sind neben der Unia auch auf Gewerkschaftsdemonstrationen meist gut sichtbar. Allerdings gilt der SEV als überaltert, ihm gelingt es kaum, neue Mitglieder anzuziehen und Arbeitskämpfe finden selten statt. Im letzten Jahr verlor die Gewerkschaft so gut 900 Mitglieder. Präsident des SEV ist der rhetorisch sehr begabte Giorgio Tuti (Parteizugehörigkeit unbekannt), der zugleich auch Vizepräsident des SGB ist.

Der Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD)

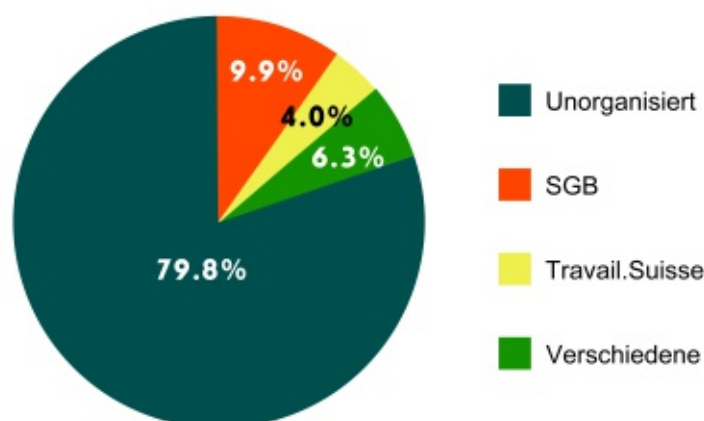
Die Gewerkschaft mit dem unaussprechlichen Namen organisiert die im öffentlichen Dienst Beschäftigten sowie die Gesundheits- und Pflegearbeitenden. Ein Schwerpunkt des VPOD sind dabei die Bildungsinstitutionen der Schweiz. Bei weitgehend stagnierenden Mitgliederzahlen kommt die Gewerkschaft auf etwa 36'000 Organisierte. Die Struktur des VPOD ist beinahe unüberschaubar und überkomplex. Gleichzeitig ist die Gewerkschaft nur eingeschränkt kampffähig. Im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe kam die Gewerkschaft zuletzt in Konflikte mit der Unia, die hier vermehrt Mitglieder gewinnt – allerdings unter einer kämpferischeren Orientierung. Auffallend ist, dass der VPOD den höchsten Frauenanteil unter den grossen SGB-Gewerkschaften aufweist. Präsidentin des VPOD ist Katharina Prelicz-Huber (Grüne).

Gewerkschaft in Zahlen

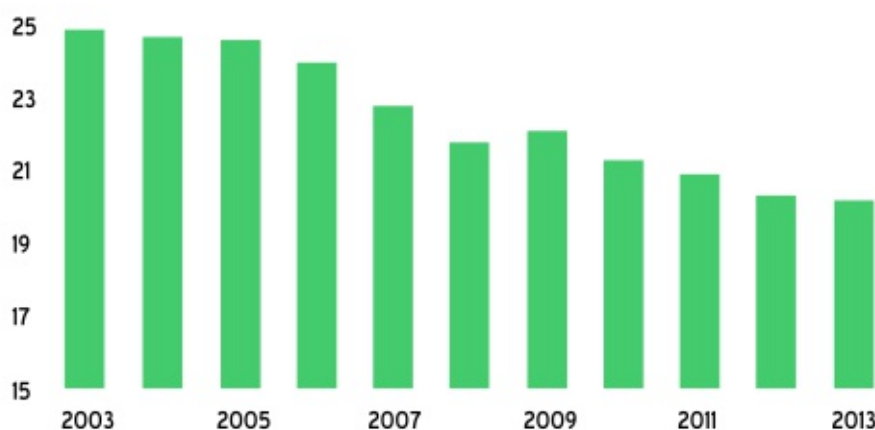
Schlappe 20 Prozent der Arbeiter*innen in der Schweiz sind gewerkschaftlich organisiert. Die Mitgliederzahlen stagnieren bestenfalls. Was uns die Zahlen über unsere Gewerkschaften sagen können.

Knapp die Hälfte der organisierten Arbeiterschaft gehört einer Gewerkschaft an, die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) untersteht. 4 Prozent sind unter dem christlichen Dachverband Travail.Suisse vereinigt und die Übrigen sind Mitglieder in einem von den zwei grossen Dachverbänden unabhängigen Gewerkschaft. Die übergrosse Mehrheit allerdings, 79.8 Prozent der Schweizer Arbeiter*innen, sind nicht gewerkschaftlich organisiert.

Gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter*innen in der Schweiz

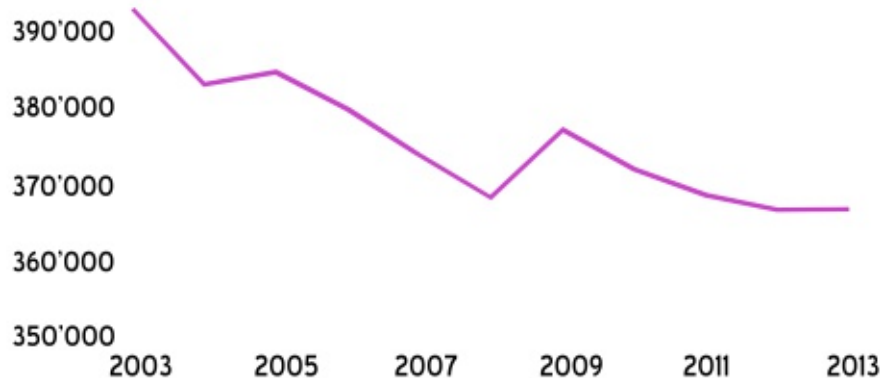


Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Prozent



Der Organisationsgrad gibt schon allein ein trauriges Bild ab: 2013 waren von 3'695'000 Beschäftigten in der Schweiz bloss 746'126 Mitglied einer Gewerkschaft; das sind kümmerliche 20.2 Prozent. Das ist nicht alles; in den letzten zehn Jahren ist der Organisationsgrad um knapp 5 Prozent gesunken (2003: 24.9 Prozent).

Mitgliederentwicklung des SGB



Die Wirtschaftskrise 2008 hat das Klassenbewusstsein der Arbeiter*innen nur kurzfristig und vorübergehend erhöht. Der Sinkflug setzte sich ungebrochen fort. Möglicherweise haben sich die Mitgliederzahlen nun auf einem tiefen Niveau stabilisiert; ein Erfolg ist das nicht.

Stärkste Gewerkschaft im SGB ist die Unia, die in den letzten Jahren an Mitgliedern gewonnen hat (3'500 mehr), im Gegensatz dazu büsst die drittstärkste, die syndicom, viele Mitglieder ein (2'100 weniger).



Erinnerung zum Abstimmern. Foto: Christine Gaf. 2009.

Ein Kampf, zwei Mittel, dieselbe Wirkung?

Streik und Volksinitiative, Arbeits- und Abstimmungskampf – zwei Mittel der Schweizer Gewerkschaften, um sich und ihre Mitglieder gegenüber den Machthabern zu behaupten. Aber sind beide Wege gleich sinnvoll? Eine Erörterung.

Die Gewerkschaft hat die Aufgabe, die Werktätigen zu unterstützen – in ihrem täglichen Kampf, bei der Durchsetzung ihres Rechts, bei der Herbeiführung einer nachhaltigen Veränderung. Ob im Betrieb oder darüber hinaus. Und die Gewerkschaft kennt verschiedene Mittel, um den Forderungen ihrer Basis Nachdruck zu verleihen. Doch wenn Verhandlungen scheitern und Proteste nichts nützen, dann heisst es: Streik. Ausser in der Schweiz. Da kann stattdessen eine Volksinitiative lanciert werden. Aber lässt sich mit einem Urnengang tatsächlich dasselbe erreichen wie mit einem Streik? Schauen wir uns das einmal genauer an.

Arbeitskampf...

Von Solidaritätsstreiks über Betriebsstreiks bis hin zum Generalstreik – der Ausstand kennt viele Variationen. Immer ist er: Kollektive Arbeitsniederlegung, Arbeitskampf, Durchsetzung von Forderungen. Und diese Forderungen müssen sich längst nicht «nur» auf Arbeitsrechte beziehen, sondern können auch viel weiter gehen. Wie etwa beim Landesstreik von 1918, dem berühmtesten Beispiel in der Schweizer Streikgeschichte. Angesichts der Armut der Arbeiterschaft, der Kriegsprofite der Unternehmer*innen und der zunehmenden Militarisierung, traten 250'000 Arbeiter*innen in den Ausstand und forderten von der Regierung einen Kurswechsel.

Es ist die höchste Form des Arbeitskampfs, wenn damit eine politische Veränderung angestrebt wird. Ausstände dieser Art sind in der Schweiz jedoch rar. Hierzulande konzentrieren sich die Gewerkschaften vor allem darauf, «Verteidigungskämpfe» zu führen. Also Betriebsstreiks, mit denen – als «Ultima Ratio», als letztes Mittel – gegen Lohndumping, Betriebschliessungen, Arbeitsplatz- und Sozialabbau vor-

gegangen werden will. In der Regel nimmt die Gewerkschaft dabei eine Schlüsselrolle ein. Sie agiert als Unterstützerin der Arbeiterschaft, als Verhandlungspartnerin der Betriebsleitung und – in letzter Instanz – als Streikführerin.

Allerdings pflegt der Grossteil der Schweizer Gewerkschaften ein ambivalentes Verhältnis zum Streik. Zurückzuführen ist das unter anderem auf den im Jahr 1937 abgeschlossenen «Arbeitsfrieden». Anno dazumal kamen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände miteinander überein, Konflikte in erster Linie am Verhandlungstisch zu lösen. An die Stelle von offenen Auseinandersetzungen trat die Sozialpartnerschaft. Die Gewerkschaften wurden handzahn.

«Die angebliche Lösung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital nennt sich Sozialpartnerschaft.»¹

Sich auf die Sozialpartnerschaft zu verlassen, ist also *nicht* der Weg. Denn die Unternehmensleiter haben den Arbeiter*innen noch nie etwas geschenkt. Und sie werden es auch am Verhandlungstisch nicht tun. Jeder Fortschritt muss erkämpft werden. Auf die eine oder andere Weise. Und deshalb ist es von höchster Wichtigkeit, dass Gewerkschaften in Betrieben verankert sind. Sich dort aktiv mit Arbeiter*innen austauschen, Vertrauen bilden, Massnahmen ergreifen, Erfahrung weitergeben. Diese Art von Gewerkschaftsarbeit ist intensiv und aufwendig. Aber elementar.

«Dennoch ist ein Baustopp (...) das einzig griffige Mittel, um (...) etwas zu bewegen.»²

Sicher, der Streik ist kein Sonntagsspaziergang. Er ist nicht immer mit Erfolg gekrönt. Aber die Wirkung eines Ausstands geht über «Sieg» oder «Niederlage» hinaus. Im Streik wirken die Arbeiter*innen di-

¹ Kommunistische Jugend Österreich: *Sozialpartnerschaft: Ruhigstellung der Ausgebeuteten*. (Artikel auf www.kjoe.at)

² Unia: *Arbeiter zu Lohnlügen gedrängt*. (Artikel auf www.landbote.ch)

rekt und konkret. Sie treten in die offene Konfrontation mit der Unternehmungsleitung – sie treten in den Arbeitskampf. Wer involviert ist, macht eine unmittelbare Erfahrung, gewinnt Klarheit, entwickelt ein Klassenbewusstsein. Es ist also von höchster Wichtigkeit, sich über den Streik als Mittel bewusst zu sein. Nicht nur zur «Abwehr», sondern auch zur Veränderung.

... oder Abstimmungskampf?

Dass die Interessen der Arbeiterschaft per Volksentscheid durchgesetzt werden sollen, ist kein Novum. Bereits die zweite Volksinitiative, über die in der Schweiz überhaupt angestimmt wurde – die Initiative zur «Gewährleistung des Rechts auf Arbeit» – versuchte sich im Schutz der Arbeiter*innen und Angestellten. 1894 wurde das Begehren, lanciert von der SP, an der Urne mit 80.2 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Im Mai 2014 fand die vorerst letzte Abstimmung über eine Vorlage zugunsten der Arbeiter*innen ab: Die Mindestlohninitiative. Auf den Weg gebracht vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Sie wurde mit 76.3 Prozent versenkt. Ähnliches Thema, ähnliches Resultat. Geändert hat sich nur das Jahrhundert – und die Initiantin des Begehrens. Damals Partei. Heute Gewerkschaft. Die Mindestlohninitiative ist ein weiterer Markstein in einer Entwicklung, die sich seit längerem abzeichnet: Die Etablierung der Volksinitiative als gewerkschaftliche Aktionsform.

Zwar traten Gewerkschaften schon früher in Verbindung mit Volksinitiativen auf, allerdings selten als Hauptträgerin, meistens gemeinsam mit einer politischen Partei. Seit 2001 aber haben die Gewerkschaften acht Initiativen im Alleingang lanciert. Und mit «AHV plus» ist bereits das nächste Begehren auf Kurs.

Indem die Gewerkschaft die Rolle als Haupt- oder gar alleinige Trägerin einer Initiative einnimmt, schafft sie sich eine hohe öffentliche Präsenz sowie Hoheit über Abstimmungstext und Kampagne. Allerdings muss sie auch den grössten Teil an personellem und finanziellem Aufwand auf sich nehmen. Die Gesamtsumme der Mindestlohninitiative lässt sich mit 1.5 Millionen Franken beziffern.

Der Nutzen einer Volksinitiative ist die Sensibilisierung, die Mobilisierung in Form des Urnengangs und die Erhöhung der Präsenz der Gewerkschaft in der Öffentlichkeit. Die Gewerkschaft verspricht sich davon eine Veränderung zugunsten der Arbeitnehmer*innen – begründet in der in Annahme, dass die Interessen der Arbeiterschaft im Rahmen der herr-

schenden Verhältnisse durchgesetzt werden können. Der Umstand, dass bisher ausnahmslos jede Volksinitiative zugunsten der Arbeiterschaft chancenlos war, spricht jedoch eine andere Sprache.

Wenn Abstimmungen etwas ändern könnten, wären sie verboten.

Die Wirkung von Initiativen aber ausschliesslich vom Stimmergebnis abhängig zu machen, ist gewagt. Was eine Initiative kann, ist Sensibilisierung und Themensetting. Schon Errungenschaften wie der AHV gingen Volksabstimmungen voraus. Verwirklicht wurden diese Anliegen zwar erst Jahrzehnte später, unter stark veränderter (politischer) Realität. Nichtsdestotrotz kann den Initiativen wohl ein gewisses Verdienst nicht völlig abgesprochen werden. Und sieht man sich das gegenwärtige Beispiel der Mindestlohninitiative an, so wurde damit erreicht, dass gewisse Unternehmen «freiwillig» die geforderte Lohnuntergrenze eingeführt haben. Gänzlich wirkungslos sind sie also nicht, die Volksinitiativen. Und deshalb sollte auch nicht vollständig auf sie verzichtet werden. Aber soll die Gewerkschaft dabei tatsächlich federführend sein?

Denn so hoch der gewerkschaftliche Aufwand punkto Initiativen ist, so marginal ist die direkte Beteiligung der Basis. Sie fällt zwar den Grundentscheid zur Lancierung einer Initiative, ist aber fortan – wie die breite Öffentlichkeit – lediglich Adressatin. Im Abstimmungskampf wird die Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital auf eine andere Ebene getragen: Sie findet zwischen der Gewerkschaft als *Vertreterin* der Arbeiter*innen und derer bürgerlichen Gegnerschaft statt. Das heisst: Keine direkte Konfrontation. Keine unmittelbare Erfahrung. Keine kollektive Identität. So bleibt – im Gegensatz zum Arbeitskampf – das Bewusstsein eines unüberbrückbaren Konflikts und der daraus hervorgehende Anspruch auf grundlegende Veränderung aus.

Wenn sich diese Frage stellt...

... und das wird angesichts der schwindenden Mitgliederzahlen und finanziellen Mitteln früher oder später der Fall sein – dann muss die Antwort lauten: Weniger Volksinitiativen, mehr Verankerung in den Betrieben. Denn Missständen sind mit Urnengang und Gesetzen nicht beizukommen. Und die einzige Zahl, die etwas bewegt, ist die Zahl der Arbeiter*innen, die sich erhebt und kämpft. Will man Verbesserung und will man Veränderung, dann gilt: Die stärkste Kraft ist die Arbeiterschaft selbst.

Emma, Bern



Yoyo an einer Aktion der Syndicom-Jugend gegen den Auftritt von Toni Brunner (SVP).
Foto: Syndicom-Jugend, 20.01.2014.

«Es braucht die Gewerkschaften, aber andere»

Was unsere Autor*innen Yoyo und Patricia für Erfahrungen mit der Gewerkschaft gemacht haben – ein Gespräch.

Yoyo: Fast ein Jahr Gewerkschaftsarbeit in der Syndicom – was hast du so erlebt?

Patricia: Seit November 2013 bin ich in der Syndicom-Jugend Bern. Wir sind die bislang einzige regionale Jugendgruppe und wir sind mit dem Anspruch an die Sache ran gegangen, auch wirklich Aktionen zu machen. Das haben wir – und sind damit nicht auf Gegenliebe gestossen seitens des Apparats. Ich erinnere mich an unsere erste Aktion: Im Dezember haben wir vor Buchhandlungen Flyer verteilt, um auf die Arbeitssituation von Buchhändler*innen aufmerksam zu machen. Bereits die Planung dieser Aktion hat innerhalb des Syndicom-Apparats für Aufruhr gesorgt und man versuchte, uns davon abzuhalten. Der Grund war, dass die Syndicom damals gerade mit Thalia in Verhandlungen war. Dass unsere kleine Aktion als Bedrohung wahrgenommen wurde, ist schon mehr als bezeichnend. Und genau dieselbe Erfahrung haben wir auch mit unseren weiteren Aktionen gemacht: Unsere Positionierung zum Umgang der Gewerkschaft mit dem Abstimmungskampf zur Masseneinwanderungsinitiative wurde harsch kritisiert. Unser Transparent zum 8. März – dem Frauentag – aus dem Syndicom-Sekretariat zu hängen, wurde uns untersagt. Bei der Unia waren wir allerdings will-

kommen. Mein Fazit: Bei jedem kleinen Schritt, den wir gemacht haben, sind wir auf Widerstand gestossen.

Y: Aus meiner Perspektive hat das auch eine Sache bestätigt, die ich immer vermutet habe: Man hört vom Apparat zwar, dass man so gerne Jugendliche hätte, die aktiv sind. Und dann machst du eine Jugendgruppe und du stösst auf endlose Widerstände. Weisst du, warum?

P: Weil wir nicht das gemacht haben, was sie wollten. Wir waren eigenständig, kritisch und haben unsere Aktivitäten selber geplant.

Y: Genau. Und weil wir in die Branchenpolitik reingegangen sind. Aber sag mal, für unsere Leser*innen, was denn die Syndicom so macht?

P: Die Syndicom ist die Gewerkschaft der Leute, die in der Kommunikationsbranche arbeiten. Buchhandel, IT, Post, Journalisten, Drucker. Sie ist eine relativ junge Gewerkschaft, hervorgegangen aus der Fusion zwischen der Comedia, das war die eher fortschrittliche Journalisten-Gewerkschaft und GeKo, die Gewerkschaft Kommunikation, IT und Post. Und was die Syndicom so macht? Meine Aussenwahr-

nehmung sieht wie folgt aus: Sie mag Sitzungen und Verhandlungen. Geht in Berufsschulen, um sich potentiellen Neumitgliedern vorzustellen. Verteilt «Werbegeschenke» und Goodies, wie Kopfhörer für Lehrabgänger*innen. Und natürlich machen sie auch Aktionstage oder marschieren bei einer Gewerkschaftsdemo mit. Aber sie sind eigentlich nicht die treibende Kraft dabei, sondern schliessen sich lieber anderen Gewerkschaftsaktionen an. Also insgesamt würde ich die Syndicom jetzt nicht als kämpferisch, fortschrittlich und von grosser Stärke bezeichnen.

Y: Jetzt plaudere ich mal aus dem Nähkästchen: Gemäss dem Stand von damals, als ich das Praktikum bei der Syndicom gemacht habe, verliert diese Gewerkschaft seit ihrer Fusion jährlich zwischen 2'000 und 1'500 Mitglieder. Das sind also teilweise bis zu 5 Prozent an Personen, die sie da verliert. Das ist ungeschlagene Spitze. Niemand im SGB verliert so viele Mitglieder. Es ist deshalb relativ absehbar, dass diese Gewerkschaft ein weiteres Mal wird fusionieren müssen. Und das, nachdem sie die erste Fusion noch nicht einmal richtig überwunden hat. Das ist offensichtlich. Ich gebe dir ein schönes Beispiel dafür: Kein Mensch kann dir sagen, wie die Struktur von Syndicom ist.

P: Genau. Ein total unübersichtlicher Apparat. Als ich in die Syndicom-Jugend Bern reinkam, brauchte ich erst einmal zwei Monate bis ich einigermaßen begriffen habe, was es alles für Gremien und Stellen gibt und wer für was zuständig ist – oder sein sollte. Mir scheint das alles total aufgeblasen. Die Struktur, wirr und verästelte – so kann man doch nicht arbeiten. Schon gar nicht effizient.

Y: Die Syndicom ist da schon ein Extrembeispiel. Aber diese Tendenzen gibt es in anderen Gewerkschaften auch – abgesehen vielleicht von der Unia in gewissen Bereichen. Das Bizarre ist folgendes: diese Gewerkschaft ist einerseits völlig überstrukturiert, über- und durchhierarchisiert – und andererseits kannst du jeden Tag die Auflösung sämtlicher Strukturen erleben. So gibt es beispielsweise einen Zentralsekretär für die Jugend, von dem man aber weiss, dass er nicht so viel taugt. Während meiner Zeit bei der Syndicom haben die Leute deshalb teilweise mich, den Praktikanten angerufen, um Informationen über die Jugendkonferenz zu bekommen. Du hast also einerseits Strukturen und Zuständigkeiten und andererseits ignorieren die Angestellten das völlig und greifen stattdessen auf ihr kleines in-

formelles Netzwerk innerhalb der Syndicom zurück, um ihre Arbeit machen zu können.

P: Diese Struktur-Sache hat noch einen weiteren Aspekt: weil man keine Ahnung hat von «wer wie wo was», hat man – beispielsweise als einfaches Basismitglied – eigentlich auch kaum eine Chance, mal etwas deponieren zu können. Und die Beschlüsse, die von (Teilen der) Basis an Konferenzen gefasst werden, die gehen auch irgendwo irgendwann in diesem Apparat einfach mal unter. Ob gewollt oder nicht: Der Basis wird dadurch an Einfluss genommen.

Y: Ich habe das Gefühl, wir reden da über durchaus witzige Auswüchse. Worauf führen wir das zurück, in einem Wort?

P: Welches Wort willst du – Sozialpartnerschaft?

Y: Bingo! Die Sozialpartnerschaft ist aus meiner Sicht der Wille der Gewerkschaft, unbedingt mit den Unternehmern «zusammenzuarbeiten». Es wird daher nicht gesagt: Liebe Arbeiter*innen, ihr habt Interessen und die können wir nur durchsetzen, wenn wir kämpfen. Sondern die Sozialpartnerschaft ist eben eine Politik, wo die Gewerkschaft den Leuten sagt: Lasst uns das mal machen, wir verhandeln und dann kommt schon für beide irgendwo das Beste heraus. Verhandelt wird dann normalerweise hinter verschlossener Tür.

P: Das ist aber nicht ein «Merkmal» der Syndicom. Die anderen Gewerkschaften – inklusive Unia – machen das ja genau gleich. Oder wo soll da der Unterschied sein? Die Unia hat ihre Basis vielleicht nicht völlig handlungsunfähig gemacht, aber erstmal geht sie den genau gleichen Weg.

Y: Können wir uns kurz, bevor wir darüber sprechen, darauf einigen, dass die Unia das Beste ist, was wir in diesem Land haben?

P: Wahrscheinlich schon, ja.

Y: ich höre da so ein leichtes zögern. Gibt es irgendetwas Besseres, was dir in den Sinn käme?

P: Ich hab jetzt grad nachgedacht. (lacht) Wohl eher nicht.

Y: Okay. Du hast natürlich völlig recht: Die Unia ist

keineswegs dabei, die Sozialpartnerschaft aufzugeben. Das Gegenteil der Sozialpartnerschaft wäre ja die Propagierung des Klassenkampfes – und davon ist die Unia meilenweit entfernt. Was die Unia allerdings macht - und das ist für die Schweiz halt ziemlich fortschrittlich im Moment - ist, dass sie sagt: Sozialpartnerschaft ja, aber **nicht** unter jeder Bedingung. Sie sagt: Wir möchten schon nicht grundsätzlich das Verhältnis zu den Unternehmern belasten, aber wir setzen auf Aktion. Im Zweifel ruft sie auch zum Streik auf. Da ist die Unia viel fortschrittlicher als die Syndicom.

P: Aber es ist ein gradueller Unterschied. Keiner, wo du wirklich ganz andere Qualität hättest.

Y: Ja, aber die Unia mobilisiert ihre Mitglieder. Im Gegensatz zur Syndicom. Da herrscht eher die Angst, dass mobilisierte Mitglieder deine Verhandlungen stören, die du eigentlich ganz nett und fröhlich bei Kaffee und Kuchen unter Dach und Fach bringen wolltest.

P: Der Arbeitskampf wird da von vornherein gehemmt. Es beginnt schon damit, wie die Mitglieder dort angeworben werden. Nach dem Motto: «Wir übernehmen alles. Ihr müsst gar nichts tun».

Y: Da kommen wir zum Nächsten: Die Grundvoraussetzung für Mobilisation ist Aufklärung. Aufklärung über alles, was passiert. Wir haben einen bezahlten Apparat, nur damit die sich darum kümmern können, eine Branche zu betreuen, Informationen zu sammeln und die Arbeiter*innen ins Bild zu setzen. Und dann liest du die Zeitung der Syndicom, in der zum Beispiel über die Verhandlungen zum Post-GAV berichtet wird, aber kein Wort darüber steht, was inhaltlich überhaupt diskutiert wurde.

P: Und so kommt der Gewerkschaftsapparat seiner Verpflichtung gegenüber der Basis nicht nach. Das ist keine Gewerkschaft, die ich mir wünsche. Aber das Problem ist, dass man ja auch nicht wollen kann, dass die Gewerkschaften von heute zusammenfallen. Oder zerschlagen werden.

Y: Warum denn?

P: Weil sie der Gegenpol sind zu den Unternehmen. Eine Kraft in der Auseinandersetzung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmen. «Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Wider-

stands».

Y: Sagte Karl Marx.

P: Ja (lacht). Es braucht die Gewerkschaften. Aber sie sollten anders sein. Selbstverständlich ist nicht alles schlecht, was die heutigen Gewerkschaften machen. Keinesfalls! Es gibt Gegenwehr. Es werden Besserungen für Arbeiter*innen erzielt, innerhalb des Bestehenden. Aber es ist ja auch alles im Rahmen...

Y: ... der Sozialpartnerschaft.

P: Verträge zu verhandeln und abzuschliessen, anstatt zu kämpfen. Alleine darum geht es scheinbar.

Y: Ne, da hast du allerdings unrecht. Ich halte dagegen mit: Die Gewerkschaften sind die grössten Massenorganisationen, die wir überhaupt haben.

P: Super, was nützt dir eine tote Masse?

Y: Dazu kommen wir gleich...

P: Da sind Zahlen auf dem Papier...

Y: Nein.

P: ... für die du auch noch Geld bekommst.

Y: Da hast du unrecht. Also erstens, um das festzuhalten, der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist die grösste Massenorganisation mit seinen 366'000 Mitgliedern, die es in diesem Land überhaupt gibt. Eine grössere findest du nicht. Das sollte man der SVP mal hinter die Ohren schreiben, weil...

P: Ja, aber da siehst du doch gerade, dass es in gewissen Fällen einfach nicht nur darauf ankommt, wie viele Mitglieder du hast.

Y: Du hast in der Schweiz einen Organisationsgrad von zwanzig Prozent. Der fällt zwar, aber noch ist jeder Fünfte in den Gewerkschaften, während jeder zweite einem GAV untersteht. Das ist der Punkt der Organisation: Eine winzige Minderheit der Arbeiterschaft – eben jeder Fünfte – hat es für ein bisschen mehr als die Hälfte alle Arbeitenden in diesem Staat geschafft, GAV vermittelt der Gewerkschaften herauszuholen.

P: Das ist ja nicht seit gestern so. Und was meinst du, wie ist die Entwicklung bei den GAVs – werden sie bei Neuverhandlungen eher verbessert oder gedrückt?

Y: Schwer zu sagen. Die Tendenz ist relativ klar, dass sie gedrückt werden. Es ist aber eine widersprüchliche Tendenz, weil man halt auch GAV hat, die verbessert werden. Bestes Beispiel, das du hast, ist die Unia. Sie hat – wohlgerne durch Streik – in Schaffhausen den Arbeitsvertrag im Gartenbau massiv verbessert. Und ohne die Gewerkschaft, ohne die mehr als 366'000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter*innen, wäre es ganz sicher nicht so, dass jeder zweite Arbeiter in diesem Land dem GAV unterliegt. Deshalb habe ich vorhin gesagt: die Forderung nach der Zerschlagung der Gewerkschaften darf es nicht geben. Die Forderung, die man jetzt stellen sollte, ist: rein in die Gewerkschaft und Loslösung der Gewerkschaft von der Sozialdemokratie und – im Moment – generell von den Parteien. Unser Problem in der Schweiz ist nämlich, dass wir keine revolutionäre Partei haben, die diese Rolle übernehmen kann und wir dadurch eine gut geschulte, klassenkämpferische Leitung der Gewerkschaft bekommen könnten. Eine Loslösung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie wäre ganz sicher ein Fortschritt. Und ich denke, das ist eine Sache, die man mit den Leuten inner- und ausserhalb der Gewerkschaft, mit denen man Kontakt hat, besprechen und klarmachen sollte: Mit der Sozialdemokratie und so wie es jetzt läuft, werden wir ganz sicher keine gute Gewerkschaftspolitik bekommen.

P: Über die Sache mit der Partei sind wir uneins. Aber das letzte, das du angesprochen hast: Das ist

genau der Punkt – dann bringst du Leute ganz anders in die Gewerkschaft rein, als es heute getan wird. Du schaffst Bewusstsein dafür, was die Probleme sind.

Y: Du bist nicht in der Gewerkschaft, warum?

P: Weil ich mich da nicht dahinter stellen kann. Wenn ich irgendwo Mitglied werde, habe ich das Gefühl, dass ich alles voll und ganz unterstütze, was die machen. Das kann ich heute nicht.

Y: Aber du arbeitest mit der Gewerkschaft?

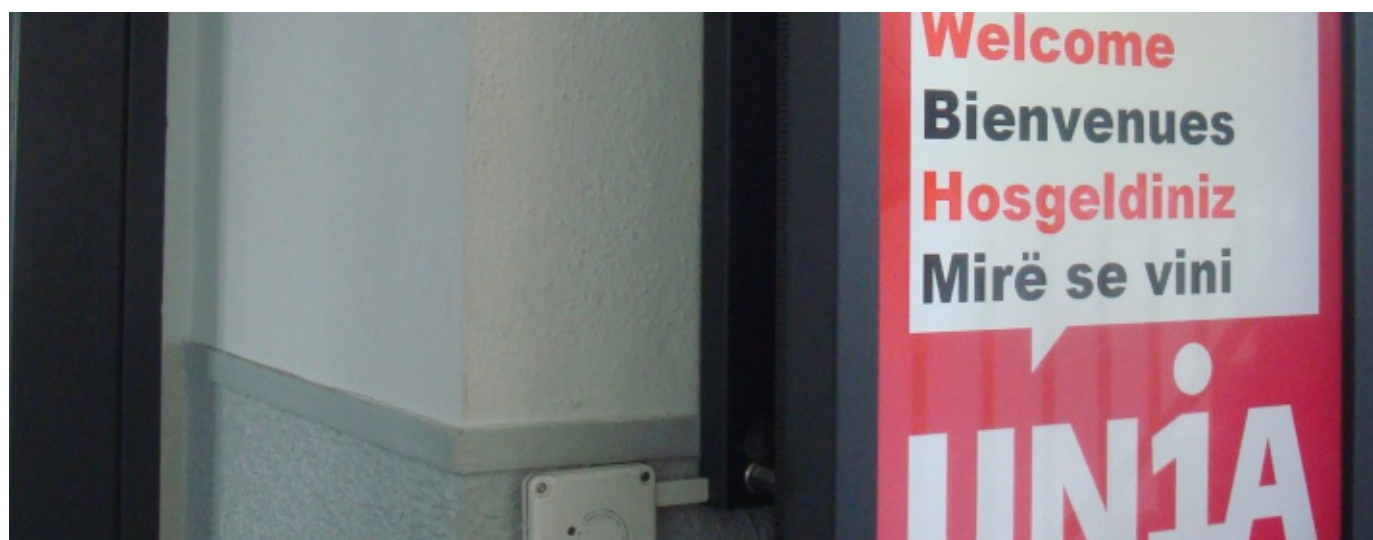
P: Ja, weil wir in der Jugendgruppe selbstbestimmt handeln. Es ist wirklich etwas anderes, weil du dich in einer solchen Gruppe nicht einfach vorbestimmten Sachen fügst, sondern die Möglichkeit hast, dich aktiv einzubringen, zu handeln und Bewusstsein zu schaffen. Gleichzeitig kannst du aber auch eine klare Linie ziehen und Abstand nehmen von gewissen Tätigkeiten des Gewerkschaftsapparats.

Y: Um unsere Leser hier nicht in die Irre zu führen: Das ist keine kommunistische Position. Der gute Lenin würde sich im Grabe umdrehen.

P: Ich bin auch keine Kommunistin.

Y: Das kann ja noch werden. Aber ich schätze, da kann ich für die Kommunistische Jugend sprechen, wenn ich sage: man sollte unbedingt in die Gewerkschaft hineingehen. Denn wenn man das nicht tut, dann ist das, was du vorhin gesagt hast, wahrscheinlich: Die Zerschlagung der Gewerkschaft...

Yoyo & Patricia, Bern



Eigeninitiative scheint bei den Gewerkschaften nicht ganz so willkommen zu sein. Tafel vor dem Unia-Büro im Zürcher Volkshaus. Foto: Taki, 2014.

Mehr Schutz für Lehrlinge!

Die Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds hat eine Petition lanciert mit dem Ziel, die Situation der Lehrlinge zu verbessern.

Erhebungen zeigen, dass Verstösse im Bereich der Arbeitszeit (Überzeit, Abend- und Wochenendarbeit) besonders häufig sind. Zudem sind jedes Jahr 25'000 Lehrlinge Opfer eines Berufsunfalls. Jede*r achte Lehrling verunfallt damit während der Ausbildung. Pro Jahr sterben im Schnitt drei Lehrlinge an den Folgen.

Das muss sich ändern!

Auch darum braucht es einen besseren Schutz der Lehrlinge:

«Ich hatte in der Klasse recht viele Leute, die wirklich Probleme hatten in der Lehre. Die mussten fast jedes Wochenende arbeiten. Die mussten Sachen machen, die jede Kompetenz übersteigt für jemanden, der im zweiten Lehrjahr ist. Die mussten bis in die Nacht, bis um zwölf Uhr arbeiten, und am nächsten Tag um sieben Uhr wieder anfangen. Das waren wirklich Sachen, die nicht schön sind.

Und die meisten haben das einfach hingenommen.»

Lisa (20), Fachfrau Gesundheit

«Ein Kollege von mir hat diesen Sommer die Lehre fertig gemacht. Dann wurde er rausgeworfen und der Chef hat ihm am Schluss den Lohn vom letzten Monat nicht mehr auszahlen wollen.»

Rasha (17), Metallbauer

«Wenn man immer nur Routinearbeit machen muss... Ein gewisses Mass gehört zwar dazu, finde ich. Aber wenn man den ganzen Tag nur den Boden wischt, aufräumt, ist das nicht lustig. Man lernt nichts.»

Vera (16), Floristin

Petition der Gewerkschaftsjugend

Immer wieder gibt es Unternehmen, die die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Lehrlinge missachten. Sie verletzen ihre Pflichten und nehmen mutwillig schwere Konsequenzen für die Jugendlichen wie Unfälle oder schulisches Scheitern in Kauf. Das ist inakzeptabel!

Die Gewerkschaftsjugend verlangt einen besseren Schutz der Lehrlinge.

Sie fordert:

- **In jedem ausbildenden Betrieb mindestens eine Kontrolle pro Jahr.**
- **Eine unabhängige Lehraufsicht.**
- **Strenge Kriterien für die Ausbildungsbewilligung.**
- **Kein Sparen auf dem Rücken der Jugendlichen!**

Du kannst die Petition online unterschreiben unter:

www.gewerkschaftsjugend.ch/lehrlingspetition



Ausschnitt aus einem sowjetischen Plakat. Foto: Daniel X. O'Neill, 11.06.2007.

Welche Gewerkschaft brauchen wir?

Die Befreiung der Arbeitenden von der Ausbeutung durch die Betriebsbesitzenden geht nur mithilfe der Gewerkschaft. Von ihr geht der Widerstand sowie der Kampf für bessere Zustände aus. Die Arbeitenden müssen die Gewerkschaft so ausrichten, dass sie ihnen dabei nützlich ist.

Die Gewerkschaften entstanden aus der Arbeiterbewegung, als sich die Arbeiter*innen gegen die unhaltbaren Zustände in den Fabriken wehrten und sich zusammenschlossen, da sie alleine der Übermacht der Kapitalist*innen ausgesetzt waren. Und auch heute noch erfüllen sie diesen Zweck. Doch könnten Gewerkschaften nicht mehr sein, als nur ein Abwehrmittel gegen Angriffe der Unternehmer*innen? Oder gibt es schlussendlich nur den einen Weg, den die reformistischen Gewerkschaften gehen: sich den Interessen der Firmenchefs unterzuordnen?

Eine revolutionäre Gewerkschaft?

Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob eine Gewerkschaft an und für sich überhaupt revolutionär

sein kann. Immerhin entstanden sie aus den Kämpfen der Arbeitenden gegen die Besitzenden der Fabriken und Betriebe. Aber eben nur als Abwehrmittel. Karl Marx meinte dazu: «Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemässen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als Hebel zur schliesslichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.»¹ Die Gewerkschaft hat also nach Marx die klare Auf-

¹ Karl Marx: *Lohn, Preis und Profit*. 1865.

gabe, die Bewältigung der alltäglichen Probleme und Unverschämtheiten mit einer revolutionären Perspektive zu verbinden. Die nächste Frage ergibt sich von allein: Wie kann eine solche Praxis trotz aller Widerstände und Schwierigkeiten verwirklicht werden?

Nützliche Gewerkschaften...

Selbst wenn die Arbeitenden es geschafft haben, eine kämpferische, starke Gewerkschaft aufzubauen, wird sie im Kapitalismus stets Bedrohungen und Gefahren ausgesetzt sein. Von aussen sind es die ständigen Angriffe der bürgerlichen Parteien, der Arbeitgeber und ihrer Lobby, dann gibt es natürlich immer die Frage des Geldes, der Finanzierung der gewerkschaftlichen Arbeit. Umgekehrt ist die Gewerkschaft auch durch Angriffe aus dem Inneren der Organisation gefährdet: dort kann die Karrieregeilheit und Bestechlichkeit der Gewerkschaftsführung zum Verhängnis werden. Die Löhne der Gewerkschaftssekretär*innen sind ein interessanter Faktor, um zu untersuchen, wie nahe die Funktionär*innen in ihrem Lebensstil dem Leben der einfachen Arbeitenden stehen. Kann jemand der um die 12'000 Franken pro Monat verdient (das ist der Höchstlohn bei der Unia²), noch die alltäglichen Sorgen und Probleme einer Arbeiterin oder eines Lehrlings verstehen? Wohl eher nicht, denn eine solche Person lebt mit einem solchen Lohn in einer völlig anderen Welt. Deshalb empfiehlt die Kommunistische Jugend für Gewerkschafter*innen den von ihnen geforderten Mindestlohn, also 4'000 CHF. Die Finanzmittel der Gewerkschaft, hart erarbeitet von den Mitgliedern, sollten effizient und zweckmässig eingesetzt werden, wenn eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik geführt werden soll.

... im Kapitalismus

Betrachten wir die Arbeit verschiedener revolutionärer und reformistischer Gewerkschaften in der Gegenwart. Da in der Schweiz nach unserer Einschätzung momentan eine revolutionäre Gewerkschaft fehlt, ziehen wir Griechenland als Beispiel heran. Dort existiert eine revolutionäre Gewerkschaft: die griechische Militante Arbeiterfront (PAME), welche der Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) nahe steht. Natürlich gibt es dort auch reformistische Gewerkschaften, mit denen sie verglichen werden kann. Durch ihre klassenkämpferische Tätigkeit und ihre kompromisslose Haltung gegenüber den Grosskonzernen konnte die PAME grosse Erfolge erringen. Die Gewerkschaft

kann sich der Unterstützung unter der Arbeiterschaft sicher sein, weil sie sich konsequent für sie einsetzte und sich nicht vor Arbeitskämpfen scheute, sich nicht scheute, die Grossbetriebe dort zu treffen, wo es sie schmerzt. Beispielsweise beim Hafenarbeiterstreik im Juni 2010, als die in der PAME organisierten Arbeitenden einen ganzen Hafen blockierten. Sie leisteten standhaft Widerstand trotz den Angriffen der Polizei und des Verbots durch das Gericht. Die PAME führt zudem den Grossteil der Kämpfe in den Betrieben. Auch bei den von ihr organisierten Demonstrationen gegen die Sparprogramme mit über 100'000 Teilnehmenden zeigte sich die Verankerung der PAME unter den Arbeitenden. So konnte die seit 1999 bestehende, auf Beschluss der KKE gegründete Gewerkschaft ihre Mitgliederzahl von etwa 415'000 im Jahr 2005 auf 850'000 in 2012 mehr als verdoppeln.³

Im Gegensatz dazu ist die Heuchelei der regierungsnahen Gewerkschaften offensichtlich: Egal ob eine rechte oder eine sozialdemokratische Partei an der Macht war, mit Hilfe jener Gewerkschaften wurde jedes Mal eine Politik zu Lasten der Arbeitenden durchgesetzt. Das einzige Rezept aus der Wirtschaftskrise, das sie kennen, beruht darauf, den Arbeitenden die Löhne zu senken, ihre Rechte zu schwächen und Sozialleistungen zu streichen, um die Konkurrenzfähigkeit und den Profit der griechischen Unternehmen zu steigern.

... in der nahenden Revolution

Lenin sagte über die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaft im Bezug auf den Übergang zur Diktatur des Proletariats und zur sozialistischen Demokratie Folgendes:

«Ohne ein solches Fundament wie die Gewerkschaften zu besitzen, kann man die Diktatur nicht verwirklichen, kann man die staatlichen Funktionen nicht ausüben. Ausgeübt werden müssen sie indes mit Hilfe einer Reihe besonderer Institutionen wiederum neuer Art, nämlich: mit Hilfe des Sowjetapparats. Worin besteht die Eigenart dieser Lage hinsichtlich der praktischen Schlussfolgerungen? Darin, dass die Gewerkschaften die Verbindung der Avantgarde mit den Massen herstellen, dass die Gewerkschaften durch ihre tägliche Arbeit die Massen überzeugen, die Massen derjenigen Klasse, die allein imstande ist, uns vom Kapitalismus zum Kommunismus zu führen.»⁴

In der Revolution der Arbeitenden gegen ihre Ausbeuter brauchen sie deshalb eine Arbeiterorganisation, auf die sie sich verlassen können. Sie

² www.derbund.ch/bern/region/Man-muss-hart-sein-Und-fair/story/31522943

³ de.wikipedia.org/wiki/Militante_Arbeiterfront

⁴ Lenin Werke. Bd. 32, S.3.

organisiert nicht nur die Kämpfe, sondern sie bildet auch die Arbeitenden. In ihr werden sie auf neue Aufgaben wie die der Verwaltung, Planung und Kontrolle sowie der Wirtschaftsführung vorbereitet.

... im Sozialismus

Nach der sozialistischen Revolution stellt sich die Frage, ob Gewerkschaften noch nötig oder überhaupt noch sinnvoll sind. Wozu braucht die Arbeiter-schaft eine Kampforganisation, wenn sie sich bereits von der Ausbeutung durch die Unternehmer*innen befreit hat?

Rose Alvarez Romagera, der ehemalige kubanische Gewerkschafter der Bildungsgewerkschaft SNTEC,

erzählt von den Aufgaben der Gewerkschaft im ku-banischen Sozialismus:

«Auf Kuba haben wir keinen Kampf gegen die Kapi-talisten, weil wir keine Kapitalisten haben. Aufgaben der Gewerkschaften sind, darauf zu achten, dass die Bestimmungen für den Gesundheitsschutz eingehalten werden, dass die Arbeiter pünktlich sind. Die Gewerkschaften sorgen auch für die Produktions-steigerung über Forschung und Verbesserung der Arbeitsabläufe.

Die Gewerkschaft hat betriebliche Macht, weil sie den Chef einer Fabrik stürzen kann, wenn er seine Arbeit schlecht macht.»⁵

Harald, Zürich



Eine Demonstration der griechischen Gewerkschaft PAME in Athen. Foto: bang pictures, 02.04.2009.

⁵ www.ag-friedensforschung.de/regionen/Kuba/gew.html



Sowjetisches Poster von 1963.

Produktivität im Sozialismus

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) hat eine Broschüre herausgegeben, die eine theoretische Diskussion über den Sozialismus starten soll. Es wird gefragt, ob der Sozialismus produktiver sein muss als der Kapitalismus. Dabei wurde unterlassen, zu untersuchen, was Produktivität tatsächlich ist und in welcher Hinsicht der Sozialismus produktiver sein muss.

Um genau zu sein, ist es nicht die KPÖ als Ganzes, die die Broschüre herausgegeben hat, sondern nur die KPÖ Steiermark. Die Situation in Österreich ist nämlich etwas vertrackt: Die Bundes-KPÖ sieht sich als eine irgendwie links-alternative Partei, während die Kommunistische Jugend und eben auch die steirische Sektion auf dem Marxismus – vielleicht sogar auf dem Leninismus – beharren. Die österreichischen Genoss*innen haben sich aus dieser ungünstigen Situation zu befreien versucht, indem sie Ende 2013 die Partei der Arbeit Österreichs gegründet haben, eine Organisation mit klaren klassenkämpferischen und sozialistischen Positionen.

Triebkraft der Entwicklung

Die Broschüre wirft die Frage auf, ob der Sozialismus produktiver sein muss als der Kapitalismus. Die Frage entstammt vor allem dem Versuch, zu erklären, weshalb die Sowjetunion untergegangen ist. Die KPÖ Steiermark unterhält hierzu die These, die Sowjetunion sei untergegangen, weil es «nicht gelang, den Rückstand in der Produktivität und im Lebensstandard gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern aufzuholen».

Bei der Beantwortung der Frage haben es sich die Autoren dann ziemlich einfach gemacht: Der Sozialismus muss produktiver sein als der Kapitalismus, weil jede höhere Gesellschaftsform produktiver war als die vorhergehende. Die Erklärung erfolgt also aus der Definition und wird damit tautologisch¹. Anders gesagt heisst das, die höhere Entwicklungsstufe muss produktiver sein als ihre Vorgängerin, weil sie produktiver ist als die Vorgängerin und sonst nicht höhere Entwicklungsstufe wäre.

Lasst uns aber die Argumentation der Autoren verfolgen.

Das grundlegende Objekt, das in dieser Diskussion untersucht werden soll, ist die ökonomische Gesell-

schaftsformation. Nach dem marxistischen Modell ergibt sich eine Abfolge von Gesellschaftsformationen, wobei jeweils die höher entwickelten die alten ablösen. Doch was genau passiert dabei? Zwei Begriffe sind zentral.

Die **Produktivkräfte**. Das sind alle Menschen mit ihren Erfahrungen und Fertigkeiten, alle Rohstoffe und Maschinen, die für die Produktion benötigt werden, und nicht zuletzt die Wissenschaft.

Dann gibt es die **Produktionsverhältnisse**. Das sind die Beziehungen der Menschen in der Produktion, in der Verteilung und Konsumtion der Produkte. Im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung bildet sich zwischen den beiden ein Widerspruch heraus, der sich immer weiter zuspitzt. Der Widerspruch besteht darin, dass die Produktivkräfte sich nicht mehr weiterentwickeln können, dass die Produktionsverhältnisse zur Fessel für sie geworden sind. Der Konflikt wird unlösbar und kann nur noch durch eine soziale Umwälzung, eine Revolution überwunden werden. Neue Produktionsverhältnisse werden geschaffen, die den Produktivkräften Raum zur weiteren Entwicklung lassen. Es ist dieser Widerspruch, der die gesellschaftliche Entwicklung antreibt. Und daraus kann man laut den Autoren der Broschüre folgern, dass der Sozialismus produktiver sein muss als der Kapitalismus. Sie sag: «Schon wenn wir wissen, was Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sind, dass es zwischen ihnen zu Widersprüchen kommt und welche Bedeutung diese Widersprüche für den gesellschaftlichen Fortschritt haben, so lässt sich eine klare These aufstellen: Der Sozialismus muss produktiver als der Kapitalismus sein!»

Das ist ein Fehlschluss. Was aus Besprochenem folgt, ist, dass der Sozialismus als höhere Gesellschaftsformation eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte zulässt, welche der Kapitalismus verhindert. Der Schluss, den die Autoren gezogen

¹ Merke dir den Begriff «Tautologie». Er wird von Marx häufig verwendet. Griechisch bedeutet er «dasselbe Sagens». Ein Beispiel dafür wäre ein «weisser Schimmel».

haben, kann nur zutreffen, wenn die höheren Produktivkräfte zwingend auch die höhere Produktivität beinhalten. Es scheint sogar, als ob die Autoren die Produktivkräfte mit der Produktivität *gleichsetzen*, auch weil nirgends erklärt wird, was denn diese mysteriöse Produktivität überhaupt sein soll. Belassen wir es vorerst hierbei.

Historische Wandlungen

Im weiteren Text werden die verschiedenen historischen Gesellschaftsformen vorgestellt. Die Geschichte beginnt mit der **Urgesellschaft**, eine Gesellschaft ohne Klassen. Die Produktivkräfte haben in jener Zeit nur für das blanke Überleben gereicht. Ackerbau und Viehzucht erbrachten schliesslich das ersehnte Mehrprodukt für die weitere Entwicklung. Damit war gleichzeitig der Grundstein gelegt für die Herausbildung von Klassen. Die erste Klassengesellschaft entstand: die **Sklavenhaltergesellschaft**. Sklav*innen und Sklavenhalter*innen standen in Opposition zueinander. Die Grenzen der Produktionsverhältnisse in dieser Gesellschaft bestanden darin, dass die Sklav*innen keinen Anreiz, kein persönliches Interesse hatten zu Produktionssteigerungen, da sie jeweils nur das, was sie zum Überleben brauchten, bekamen, und manchmal nicht einmal das. Die historische Lösung war der **Feudalismus**, wo sich die Bäuer*innen – in den Städten die Handwerker*innen – zumindest einen Teil des Mehrprodukts aneignen konnten. Der Grund und Boden gehörte rechtlich allerdings dem Feudaladel, wodurch die eigentlichen Produzent*innen, die Bäuer*innen von den Grundeigentümer*innen abhängig waren. Schliesslich haben wir den **Kapitalismus**, die Gesellschaft, worin wir uns befinden. Die gegensätzlichen Klassen sind das Proletariat und die Bourgeoisie. Im Kapitalismus konnte eine beispiellose Steigerung der Produktivität erreicht werden und dennoch ist diese Gesellschaftsform zu einer Schranke geworden für das, was tatsächlich möglich wäre. Es werden Waren mit schlechter Qualität produziert, damit man sie häufiger wieder kaufen muss; es werden Erfindungen und verbesserte Techniken in die Schublade gesteckt, bis sich die alten Investitionen ausgezahlt haben; und nicht zu vergessen die enorme Verschwendung im Kapitalismus, wo Tonnen Lebensmittel im Abfall landen und zur selben Zeit Menschen verhungern.

Der Kommunismus und die Übergangsgesellschaft **Sozialismus** können die Probleme des Kapitalismus

lösen. Es würde endlich *bewusst* zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen produziert werden. Das bedeutet Planwirtschaft. Die Broschüre zählt verschiedene Aspekte auf, die es zur Notwendigkeit machen, dass der Sozialismus produktiver sein muss als der Kapitalismus: die umfassende Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse, neue Unterrichtsmethoden, lebenslange Bildungsmöglichkeiten, neue Beziehungen zu anderen Staaten durch äquivalenten Warenaustausch, Lösung der Umweltprobleme etc.

Kapitalistische Produktivität

Auch in der Darstellung der Geschichte wurde teilweise spürbar, was das eigentliche grosse Problem der Broschüre ist: Alles wird aus der Perspektive des Kapitalismus, durch die kapitalistische Linse analysiert; ein Fehler, den besonders die bürgerlichen Wissenschaftler*innen gerne machen. Im letzten der drei Beiträge², aus denen die Broschüre besteht, wird zwar auf das fundamentale Merkmal hingewiesen, das den Kapitalismus auszeichnet und von allen vorhergehenden und nachfolgenden Gesellschaften unterscheidet, aber diese Erkenntnis wird nicht in die Beantwortung der Frage integriert.

Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist ein immer höherer Profit. Während in vorhergehenden Gesellschaften ein Mehr an Gebrauchswerten, das heisst an nützlichen Dingen, im Fokus stand, dreht es sich im Kapitalismus um den Tauschwert, um immer mehr Geld. In den alten Gesellschaften kamen vor allem die herrschenden Klassen in den Genuss der Gebrauchswerte, im Kommunismus sollen alle davon haben können. Im Kapitalismus spielt der Gebrauchswert der Produkte hingegen nur eine indirekte Rolle. Die Konsequenz ist, dass verschiedene Aspekte der Produktion – wie die Produktivität der Arbeit – im Kapitalismus eine andere Form bekommen. Eine höhere Produktivität bedeutet im Kapitalismus einen höheren Ausstoss von Waren, unabhängig davon, ob die Waren Nutzen haben, nur solange sie Profit einbringen. Kurz, höhere Produktivität bedeutet in allen anderen Gesellschaftsformationen mehr Gebrauchswerte, im Kapitalismus bedeutet sie höhere Profite.³

Die Frage in der Broschüre wurde deshalb von Anfang an falsch gestellt. Statt der Frage, ob der Sozialismus produktiver sein muss, hätte untersucht werden sollen, ob der Sozialismus *im kapitalistischen Sinne* produktiver sein muss als der Kapitalismus.

² Werner Murgg: *Nachdenken über den Sozialismus*. Besonders im Unterkapitel «Wie funktioniert Kapitalismus?».

³ «Die Konsumtion als Zweck beherrscht [in der naturalwirtschaftlichen Produktionsweise] den Umfang und Charakter sowohl des Arbeitsprozesses im einzelnen wie der Reproduktion im allgemeinen. Anders unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die kapitalistische Produktion ist nicht eine solche zu Konsumtionszwecken, sondern eine Wertproduktion. Die Wertverhältnisse beherrschen den gesamten Produktions- wie Reproduktionsprozess. Kapitalistische Produktion ist nicht Produktion von Konsumgegenständen, auch nicht von Waren schlechthin, sondern von Mehrwert.» aus Rosa Luxemburg: *Die Akkumulation des Kapitals*. Berlin, 1912.

Der Sozialismus *muss* nämlich nicht produktiver sein als der Kapitalismus, ganz und gar nicht, jedenfalls nicht mit der Begründung, dass er die höhere Entwicklungsstufe sei. Als höhere, bewusst gelenkte Gesellschaftsform richtet sich der Sozialismus nach den Bedürfnissen der Menschen, nicht des Kapitals, das heisst, er produziert so viel, wie die Menschen brauchen, er produziert nicht verschwenderisch. Der Grund, weshalb der Sozialismus im kapitalistischen Sinne produktiver sein muss als der Kapitalismus, liegt darin, dass er *im Wettstreit* zum Kapitalismus liegt, dass er den Kapitalismus auch ökonomisch besiegen muss, dass der Welthandel noch nach kapitalistischen Prinzipien funktioniert, mit dem sich die potenziellen sozialistischen Staaten abfinden müssen. Es wird deshalb eine Phase im Sozialismus geben, worin die Menschen ungeheure Opfer bringen müssen, da gewaltige Mittel nur für den Wett-

kampf mit dem Kapitalismus aufgebracht werden müssen. Es wird deshalb auch nicht der Lebensstandard sein, der durch den Sozialismus verbessert werden kann, zumindest nicht in der Ersten Welt. Ein hoher Lebensstandard, der auf imperialistischer Ausbeutung und Umweltzerstörung basiert, kann und soll vom Sozialismus nicht wettgemacht werden. Er kann den Menschen aber eine höhere Lebensqualität und ökonomische Sicherheit bieten. Für viele Menschen ist das, glaube ich, Grund genug, zu dieser höheren Gesellschaftsform voranschreiten zu wollen.

Taki, Zürich

Partei in Bewegung: Sozialismus-Diskussion. Muss der Sozialismus produktiver sein als der Kapitalismus? Mit Beiträgen von Mark Staskiewicz, Hanno Wisiak und Werner Murgg. Zum Downloaden oder Kaufen unter: www.sozialismus-diskussion.net

Eine Sozialismus-Diskussion ist notwendig!

Es ist sehr begrüßenswert, dass sich das Magazin Njet! mit der Sozialismus-Diskussions-Broschüre der KPÖ-Steiermark befasst hat. Schliesslich ist diese Diskussion notwendig. Ist der Kapitalismus mit seinen Krisen, Kriegen der Ausbeutung und Umweltzerstörung wirklich das Ende der Geschichte? Im Vorwort der Sozialismus-Broschüre heisst es: «Wenn der Sozialismus die erste vom Menschen bewusst geschaffene [...] Gesellschaftsformation ist, so muss Klarheit darüber bestehen, was dieses Ziel bedeutet. [...] Wir müssen die Überlegenheit dieser Gesellschaftsformation nachweisen können. Mit dieser Broschüre soll ein Diskussionsprozess zur Frage des Sozialismus forciert werden. [...] Auch Intellektuelle und gerade junge Menschen sollen sich einbringen.»

In Eurem Artikel befinden sich neben vielem Richtigen einige Thesen, die Basis einer Kritik sein könnten.

Es stimmt, das Wort Produktivität (PT) haben wir nicht extra definiert, wohl aber Produktivkraft (PK). Die PT ist ein allgemeineres Wort als PK. Die Höhe der Produktivkraft hängt von der Qualität und Quantität der produktiven Arbeit ab. Im Kapital von Marx heisst es: «Der Rock ist ein Gebrauchswert, der ein besonderes Bedürfnis befriedigt. Um ihn hervorzubringen, bedarf es einer bestimmten Art produktiver Tätigkeit.»⁴ Die These, dass nicht gesagt würde, in welcher Hinsicht der Sozialismus produktiver sein müsse, trifft nicht zu. Auf Seite 11 werden acht Beispiele angeführt. Die Produktivität wird auch nicht durch die kapitalistische Linse analysiert, wie behauptet. Die Produktivität ist eine grundlegende ökonomische Kategorie aller Produktionsweisen. Gerade deshalb versuchen wir die Rolle der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Entwicklung darzustellen. Lenin: «*Die Arbeitsproduktivität ist in letzter Instanz das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. [...] Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt werden, dass der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft.*»⁵

In Eurem Artikel schreibt Ihr, wir hätten fragen müssen, ob der Sozialismus «im kapitalistischen Sinne» produktiver sein müsse. Gerade eben dies ist nicht das Ziel, da es nicht darum geht die Produktivität aus «kapitalistischer Linse» aus zu untersuchen (um Eure Wörter zu gebrauchen). Der Begriff Sozialismus wird in der Broschüre nicht definiert, weshalb die Tautologie-These zurückzuweisen ist.

Leider fehlt uns hier der Platz auf alle Thesen einzugehen bzw. eine Beweisführung zu liefern, deshalb laden wir Euch ein, die Diskussion in unserem Forum zu intensivieren: www.sozialismus-diskussion.net/forum-zur-diskussion/ Engels meinte, «dass der Sozialismus [...] wie eine Wissenschaft betrieben, d.h. studiert werden will».⁶

Mark Staskiewicz (einer der Autoren der Broschüre)



Mark Staskiewicz.

⁴ Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 56.

⁵ Lenin-Werke: *Die grosse Initiative*. Bd. 29, S. 416.

⁶ Marx-Engels-Werke: *Vorbemerkung zu «Der deutsche Bauernkrieg»*. Bd. 7, S. 542.



Graffiti in der «Demeure du Chaos» in Lyon (Frankreich). Abgebildet das «Auge der Vorsehung» auf der US-Dollar-Note, das zugleich Zeichen der Illuminati ist. Werden die USA deshalb von den Illuminati regiert? Nein, dafür vom Kapital. Foto: Thierry Ehrmann, 11.09.2014.

Hacken für die Gerechtigkeit

Ein Film über Verschwörungstheorien, einen anarchistischen Hacker und den KGB.

Der Film «23 – Nichts ist so wie es scheint» aus dem Jahr 1998 basiert auf wahren Begebenheiten und gibt einen guten Einblick in die westdeutsche Gesellschaft der 80er Jahre. Es geht um das Leben von Karl Koch, überzeugter Anarchist und sehr begabt im Umgang mit Computern. Er liebt die Science-Fiction-Romantrilogie «Illuminatus!» von Robert Shea und Robert Anton Wilson, mehr noch, er glaubt an die Verschwörungen, die in den Büchern beschrieben werden, und sieht Verbindungen zwischen den fiktiven Geschehnissen und dem wirklichen Leben: Der religiöse Geheimorden der Illuminati würde die Welt beherrschen. Wie auch im Film gezeigt wird, las er die Bücher immer wieder und suchte nach Leuten, mit denen er sich darüber austauschen konnte. Mit dem Aufkommen der ersten Chatrooms anfangs der 80er Jahre schloss er sich dem Chaos Computer Club an. Er benutzte in den Datennetzen den Namen «Hagbard Celine», den Namen einer Hauptfigur der Romantrilogie

«Illuminatus!». Auch seinen Computer hatte er nach dem Riesencomputer der Illuminatus-Trilogie «FUCKUP» (First Universal Cybernetic-Kinetic Ultra-Micro Programmer) benannt. Mit einem Freund, der seinen Glauben an die grosse Verschwörung teilte, beschloss er, sich gegen diese Mächte zur Wehr zu setzen, indem er Informationen aus seinen Hacks dem KGB, dem Geheimdienst der Sowjetunion, weitergab. Dafür kriegte er Geld, mit dem er seinen steigenden Kokainkonsum und schliesslich seinen Absturz ins Unglück finanziert.

Karl Koch war ein überzeugter Anarchist, der seine Hacks auch auf Grund seiner Einstellung machte: «Wissen muss für jeden Menschen gleich zugänglich sein!»

Obschon der Film teilweise ziemlich stark von den realen Geschehnissen abweicht, ist er spannend und regt zum Nachdenken an.

Ben, Zürich

70 Jahre auf dem Buckel

...und noch immer geht es rund: Ende August feierte die Partei der Arbeit (PdA) ihr siebenzigjähriges Bestehen. Auf dem POP-Festival (POP steht zweideutig für den Namen der Partei in gewissen Kantonen «Parti Ouvrier et Populaire») wurde diskutiert, gut gegessen und getanzt. Eindrücke aus Le Locle im Kanton Neuenburg.

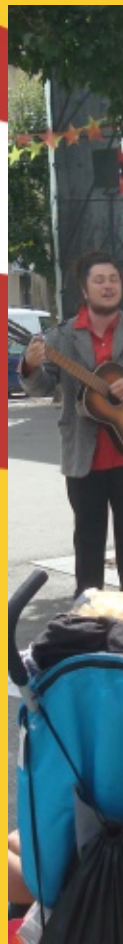


Einen vollen Saal konnten die beiden Diskussionsrunden auf dem POP-Festival beschieren. Zunächst wurde über die Schweiz und die PdA gesprochen. Das Publikum brachte sich dabei spürbar interessiert ein. Sehr offen wurde über die bisherige Politik der PdA, über ihre Fehler und Rückschläge diskutiert. Leo von der KJ Tessin, der dem Publikum angehörte, schildert die Situation der jungen Generation, die im Gegensatz zu den Eltern keine wirtschaftlich sichere Zukunft erwarten, und was das für die PdA bedeutet.



Auf dem Place du Marché in Le Locle waren den ganzen Tag Stände offen, an denen man sich über die PdA und die mit ihr befreundeten Organisationen informieren, sich mit sozialistischer Literatur eindecken, aber auch vorzügliches Essen aus Portugal und Kurdistan bekommen konnte. Der Stand der KJ zog besondere Aufmerksamkeit auf sich durch die aufsehenerregende Gestaltung.

Den ganzen Tag
dem POP-Festival
lichen Liedern





Am Abend war Musik zu hören. Drei Bands aus Lateinamerika traten auf. Das Darlyl Maia Trio aus Brasilien brachte das Publikum mit feurigen Sambas und melancholischen Chansons in Stimmung. Der Abend hatte damit aber erst begonnen; es folgten heisser Tango und lateinamerikanischer Ska bis in die späten Stunden.

Fotos & Text: Taki, Zürich

Am Tag konnte man etwas sehen und hören auf dem Festival. Die Kinder mochten besonders die fröhlichen dieser begabten Musiker*innen aus Portugal.



Auf einer zweiten Diskussion wurde über die EU und ihre Politik gesprochen. Die internationalen Gäste brachten die Position ihrer jeweiligen politischen Organisation dar. Es waren Vertreter von der Deutschen Kommunistischen Partei, der belgischen Parti du Travail und von Attac aus Frankreich anwesend. Bert de Belder aus Belgien macht klar, was er von der EU hält: Sie ist ein Apparat der Grossbourgeoisie und Monopole!

WER WIR SIND

Wir sind Jugendliche, ob Lehrling oder Arbeiterin, Schüler oder Studentin. Vor allem aber sind wir Kommunist*innen. Wo Lehrlingslöhne gekürzt, Lehrpläne verschärft und Studiengebühren erhöht werden, da wehren wir uns. Ist doch klar: Solange diese Gesellschaft bleibt, wie sie ist, machen die «da oben» mit uns, was sie wollen. Also braucht es eine neue, eine soziale Gesellschaft. Damit auch wir etwas zu sagen haben. Deshalb:

www.KommunistischeJugend.ch
Zuerich@KommunistischeJugend.ch

WAS WIR WOLLEN

Wir wollen alles. Alles was ist, und alles was möglich ist. Und wir kämpfen darum. Heute schon. Etwa um diese Dinge:

Lehre

Die Bosse und Chefinnen beuten die Lehrlinge gnadenlos aus. Für einen mickrigen Lohn müssen die Lehrlinge die gleiche Arbeit wie die älteren Arbeiter*innen leisten, Überstunden schieben und auch noch die Drecksarbeit verrichten. Wir fordern bessere Löhne für die Lehrlinge, keine überlangen Arbeitstage, keine fachfremden Tätigkeiten während der Lehre, mehr Lehrplätze, eine strenge Kontrolle der Betriebe und längere bezahlte Ferien.

Gewerkschaft

Alleine machen sie dich platt, organisier dich! Das gilt sowohl für die Arbeitenden wie für Arbeitslose – mit oder ohne Arbeitserlaubnis. Ständig werden Stellen eingespart, Löhne und Sozialleistungen gedrückt, das Arbeitsrecht wird aufgeweicht. Mit der Gewerkschaft kann dagegen gekämpft werden. Aber dazu brauchen wir eine kämpferische Gewerkschaft, die zur Solidarität antreibt, Streiks führt und nicht vor den Bonzen kuschelt.

ÖV

Die Jugend braucht einen kostenlosen ÖV. Besonders Lehrlinge sind auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen, um zur Arbeit zu kommen.

Man macht mit ihrer Arbeit Profit, also kann es nicht sein, dass sie auch noch die Fahrt zur Arbeit selbst zahlen müssen. Darum: Der ÖV gehört für die Jugendlichen kostenlos; zahlen sollen die Chefs und Firmen!

Wohnen

Die Wohnung ist mehr als nur der Ort zum Pennen – da spielen sich soziale Kontakte ab, da holst du deine Freund*innen hin, da feierst du mal 'ne Party. Aber guter Wohnraum ist knapp und teuer. Deshalb fordern wir ein staatliches Wohnbauprogramm, das für günstigen und lebenswerten Wohnraum sorgt. Die Mieten müssen sich am Einkommen orientieren und die Spekulation mit Wohnraum muss beseitigt werden.

Frieden

Kapitalismus bedeutet immer auch Krieg. Die internationalen Konzerne lechzen nach Rohstoffen und billigen Arbeitskräften in der Dritten Welt und führen dort immer wieder Raubzüge durch. Mit Phrasen wie «humanitärer Intervention» beschönigen sie ihre Aggressionen. Wir verteidigen deshalb das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen solche Einmischungen. Nur die Völker selbst können ihren Entwicklungsweg wählen – Frieden wird jedoch allein der Sozialismus bringen, auf welchem Weg man ihn auch erreicht.

Ich bestelle ein:

- ☐ Probeabo (3 Ausgaben gratis)
- ☐ Jahresabo für 20 Franken
- ☐ Soli-Abo für 40 Franken

Ich will:

- ☐ Infomaterial von der KJ
- ☐ einen coolen KJ-Pulli für 30 Franken
- ☐ aktiv werden

Adresse

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Bitte
frankieren

Njet! Das kommunistische Jugendmagazin
c/o Partei der Arbeit Zürich
Postfach 8721
8036 Zürich